



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

05

*Schlaglichter
der Wirtschaftspolitik
Mai 2026
Monatsbericht*

16

*Das Kraftstoffmaßnahmenpaket
der Bundesregierung*

18

*Wettbewerbsfähige und resiliente
Energietechnologien in Deutschland
– ein Beitrag zu Wachstum, Kosten-
effizienz und Souveränität*

***GEOPOLITISCHE KRISEN
VERZÖGERN ERHOLUNG***

Inhalt



DIE „SCHLAGLICHTER“ IM ABONNEMENT

Melden Sie sich für den
Schlaglichter-Newsletter
an und verpassen Sie
keine Ausgabe mehr:
schlaglichter/newsletter



MEHR IM WEB

Schlaglichter-
Ausgaben online lesen:
[www.bundeswirtschafts-
ministerium.de/
schlaglichter](http://www.bundeswirtschaftsministerium.de/schlaglichter)

- 03 Konjunkturschlaglicht
- 35 Impressum

Wirtschaftspolitik

- 06 Geopolitische Krisen verzögern Erholung – Bundesministerin Katherina Reiche stellt die Frühjahrsprojektion der Bundesregierung vor
- 16 Das Kraftstoffmaßnahmenpaket der Bundesregierung
- 18 Wettbewerbsfähige und resiliente Energietechnologien in Deutschland – ein Beitrag zu Wachstum, Kosteneffizienz und Souveränität

Konjunktur

- 22 Die wirtschaftliche Lage in Deutschland im April 2026¹
- 29 BIP Nowcast für das erste und zweite Quartal 2026
- 30 Monetäre Entwicklung
- 34 Konjunkturtermine

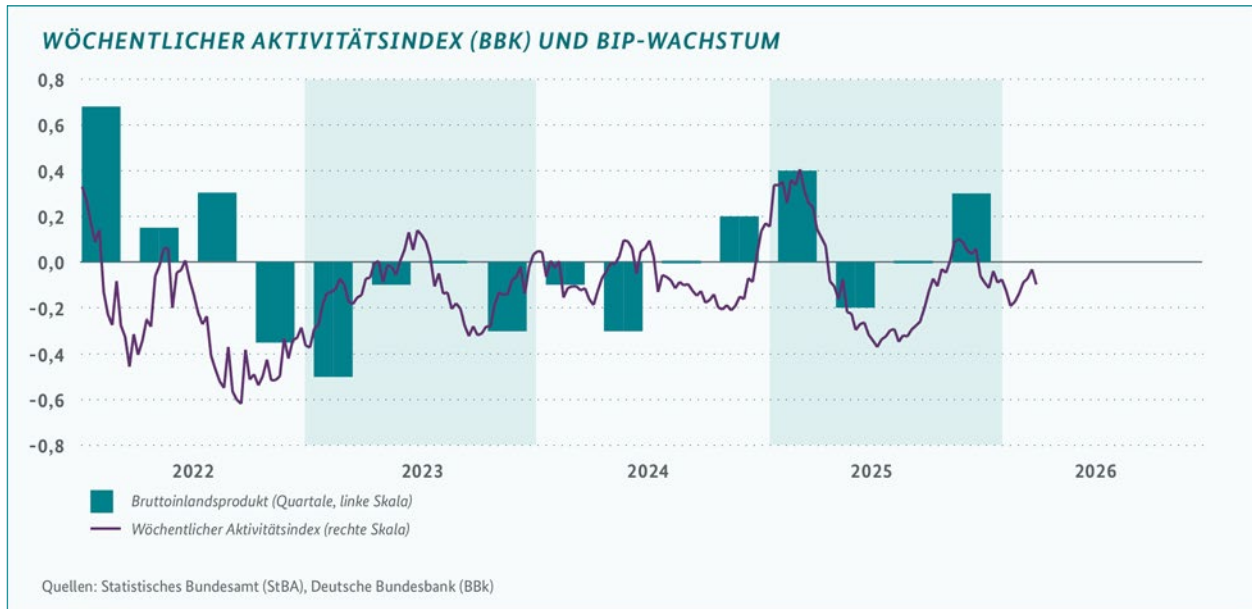
KONJUNKTURSCHLAGLICHT

April 2026

Iran-Konflikt dämpft wirtschaftliche Erholung



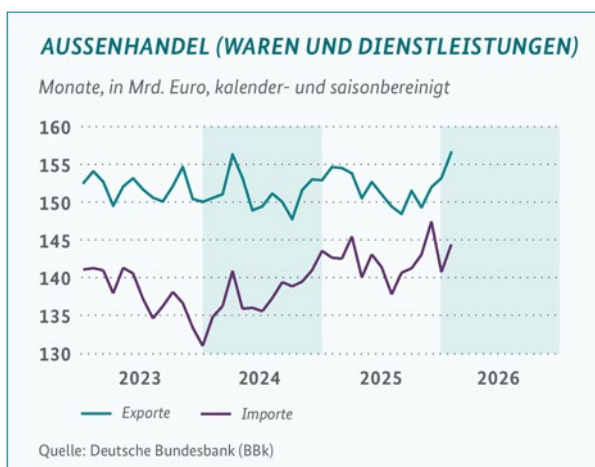
Gesamtwirtschaft



Wachstumsverlangsamung im ersten Quartal. Die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland hat im ersten Quartal vor dem Hintergrund des Konflikts im Nahen Osten spürbar an Dynamik verloren. Stimmungsindikatoren im Unternehmenssektor und auch bei Verbraucherinnen und Verbrauchern haben sich mit Beginn des Iran-Kriegs deutlich eingetrübt. Aktuelle Konjunkturindikatoren deuten darauf hin, dass sich die deutsche Wirtschaft im ersten Quartal nur sehr verhalten entwickelt haben dürfte.



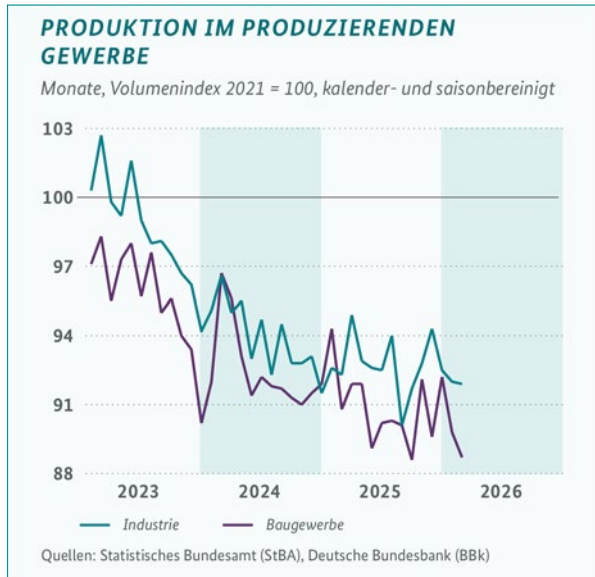
Außenwirtschaft



Außenhandel legt zuletzt zu. Die nominalen Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen lagen im Vergleich zum vierten Quartal 2025 im Durchschnitt des Januar und Februar 2026 insgesamt um 2,7 Prozent im Plus. Auch die nominalen Einfuhren erhöhten sich nach dem vorangegangenen Einbruch zum Jahresbeginn wieder. Für die kommenden Monate deuten die Indikatoren allerdings auf einen erneuten Dämpfer infolge spürbar gestiegener Energiepreise und geopolitischer Unsicherheiten hin.



Produktion

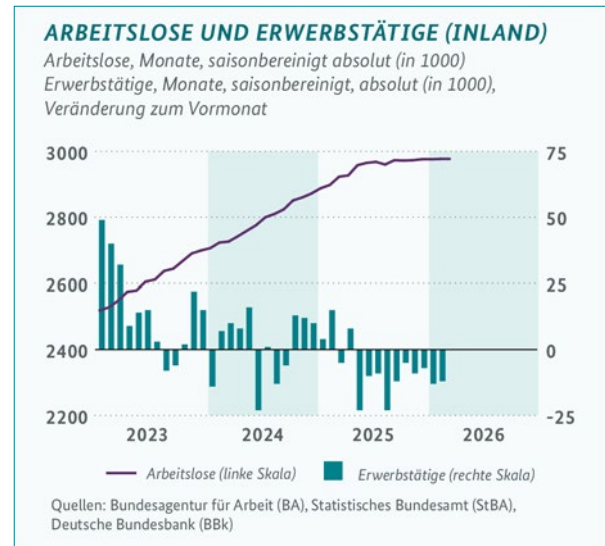


Industrieproduktion zu Jahresbeginn gedämpft. Die Produktion im Produzierenden Gewerbe verzeichnete im Februar einen leichten Rückgang. Im Bauhauptgewerbe waren witterungsbedingte Einbußen zu beobachten. Nachdem die Industriekonjunktur im Herbst Fahrt aufgenommen hatte, kühlte sie sich im Laufe der Wintermonate etwas ab. Die weitere Entwicklung wird entscheidend vom Fortgang der Konfliktsituation im Nahen Osten abhängen.



Arbeitsmarkt

Beschäftigungsaussichten bleiben zum Ende des ersten Quartals gedämpft. Im März stagnierte die saisonbereinigte Arbeitslosigkeit abermals. Gleichzeitig nahm die Zahl der Erwerbstätigen im Februar saisonbereinigt weiter leicht ab und die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung sank im Januar deutlich. Angesichts der weiterhin gedämpften Frühindikatoren und der konjunkturellen Risiken infolge des Kriegs im Nahen Osten ist eine Erholung des Arbeitsmarktes in der ersten Jahreshälfte nicht zu erwarten.



Privater Konsum



Konsumschwäche der privaten Haushalte. Die realen Umsätze im Einzelhandel sind im Februar erneut gesunken. Bei den PKW-Neuzulassungen durch Privatpersonen ergab sich aufgrund des schwachen Jahresstarts im ersten Quartal ein deutliches Minus. Das Stimmungsbild deutet am aktuellen Rand insgesamt auf eine spürbare Eintrübung der Konsumententwicklung im zweiten Quartal 2026 hin.

LEGENDE

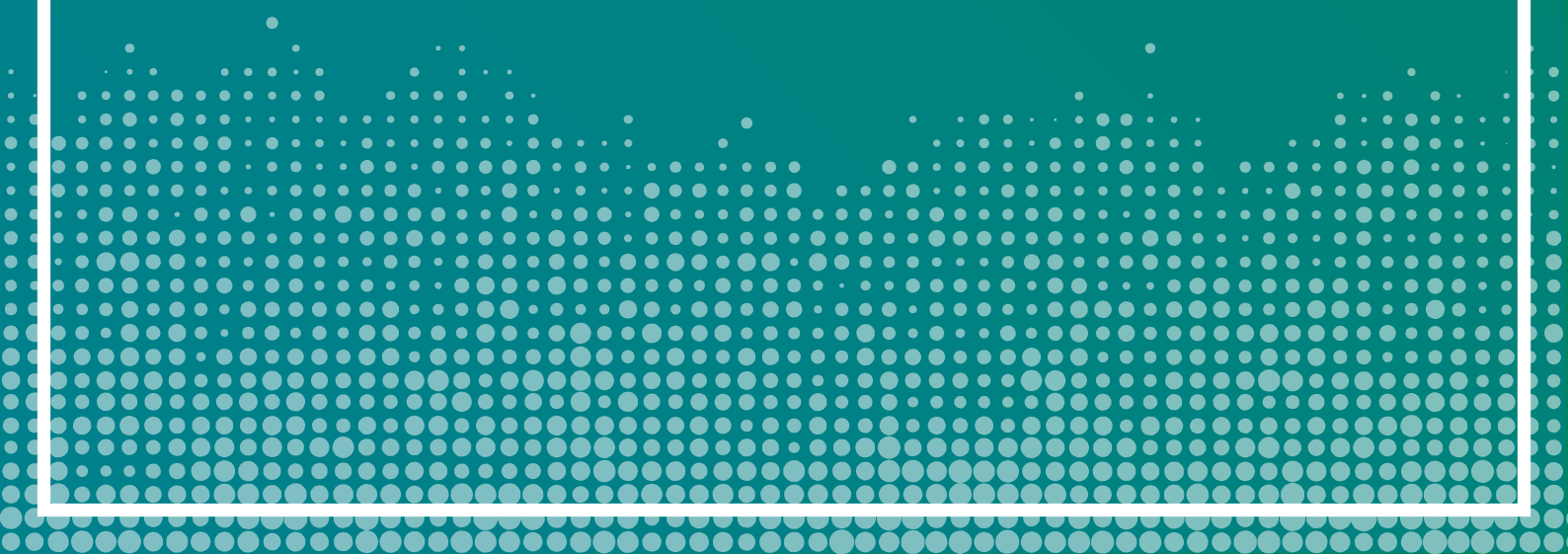
- Indikatoren in einem Teilbereich wachsen mehrheitlich überdurchschnittlich
- Indikatoren in einem Teilbereich entwickeln sich durchschnittlich bzw. gemischt
- Indikatoren in einem Teilbereich gehen mehrheitlich zurück

Nähere Informationen in Jung et al. (2019): „Das neue Konjunkturschlaglicht: Was steckt hinter den Pfeilen?“, Schlaglichter der Wirtschaftspolitik 01/2020

WW



WIRTSCHAFTSPOLITIK



Geopolitische Krisen verzögern Erholung

Bundesministerin
Katherina Reiche stellt die
Frühjahrsprojektion der
Bundesregierung vor



DAS WICHTIGSTE IN KÜRZE

Die wirtschaftliche Ausgangslage stellt sich im Frühjahr 2026 ungünstiger dar als noch zur Jahreswende erwartet. Mit dem kriegerischen Konflikt im Nahen Osten, der faktischen Sperrung der Straße von Hormus und den damit einhergehenden Engpässen und Preisanstiegen bei Energie und weiteren Rohstoffen haben sich die kurzfristigen Perspektiven eingetrübt. Aktuelle Stimmungsindikatoren im Unternehmenssektor und bei Verbraucherinnen und Verbrauchern gaben insbesondere mit Blick auf die erwartete Entwicklung deutlich nach. Die drastischen Energiepreissteigerungen dämpfen die Kaufkraft und erhöhen die Produktionskosten. Laut Umfragen des ifo Instituts sehen sich rund 90 Prozent der Industrieunternehmen von der Eskalation im Nahen Osten und mehr als ein Drittel der Unternehmen von Lieferverzögerungen bei Vorprodukten bzw. Rohstoffen betroffen. Vor diesem Hintergrund dürfte die wirtschaftliche Entwicklung im ersten Halbjahr 2026 sehr verhalten ausfallen. Unter der Annahme einer baldigen Beruhigung des Konflikts sollten die Belastungen im späteren Jahresverlauf jedoch nachlassen.

Ausgehend von dieser Lage geht die Bundesregierung gegenüber der Jahresprojektion von einem geringeren Zuwachs des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts von 0,5 Prozent in diesem und von 0,9 Prozent im kommenden Jahr aus. Zentrale Ursache für die Abwärtsrevision sind die kräftig gestiegenen Energie- und Rohstoffpreise infolge der Auseinandersetzung im Nahen Osten. Deren negativer Effekt wird für dieses Jahr auf rund 0,3 Prozentpunkte veranschlagt.

Die globale Wachstumsdynamik hat sich angesichts der krisenhaften geopolitischen Entwicklungen bislang als relativ robust erwiesen, dürfte kurzfristig infolge des Energiepreisanstiegs aber auch einen Dämpfer erleiden. Neben dem Iran-Krieg belasten die bestehenden Handelskonflikte, insbesondere zwischen den USA und China, sowie die Fragmentierung des Welthandelssystems weiterhin den globalen Handel und die internationalen Lieferketten. Die deutsche Exportschwäche dürfte zwar im Prognosezeitraum allmählich nachlassen, die insgesamt verhaltene globale Nachfrage und strukturellen Wettbewerbsdefizite, insbesondere gegenüber China, stehen einer deutlichen Belebung aber entgegen. Positive Impulse ergeben sich teilweise durch eine stärkere Ausrichtung auf europäische Absatzmärkte. Insgesamt dürften vom Außenhandel in den Jahren 2026 und 2027 noch leicht negative Wachstumsbeiträge auf die BIP-Entwicklung ausgehen.

Die Bruttoanlageinvestitionen dürften sich im Prognosezeitraum moderat beleben, insbesondere infolge der fiskalischen Impulse aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität, dem Sondervermögen Bundeswehr bzw. der Bereichsausnahme für Verteidigungsausgaben, dem

Deutschlandfonds sowie der steuerlichen Investitionsanreize. Zunächst ist vor allem mit einer Belebung der öffentlichen Ausrüstungs- und Bauinvestitionen zu rechnen, während die private Investitionstätigkeit infolge des Energiepreisanstiegs, der geopolitischen Unsicherheiten und ungünstigerer Finanzierungsbedingungen erst im späteren Jahresverlauf eine Trendwende vollziehen dürfte. Insgesamt dürften die preisbereinigten Bruttoanlageinvestitionen um 1,6 Prozent im Jahr 2026 und um 3,0 Prozent im Jahr 2027 zulegen.

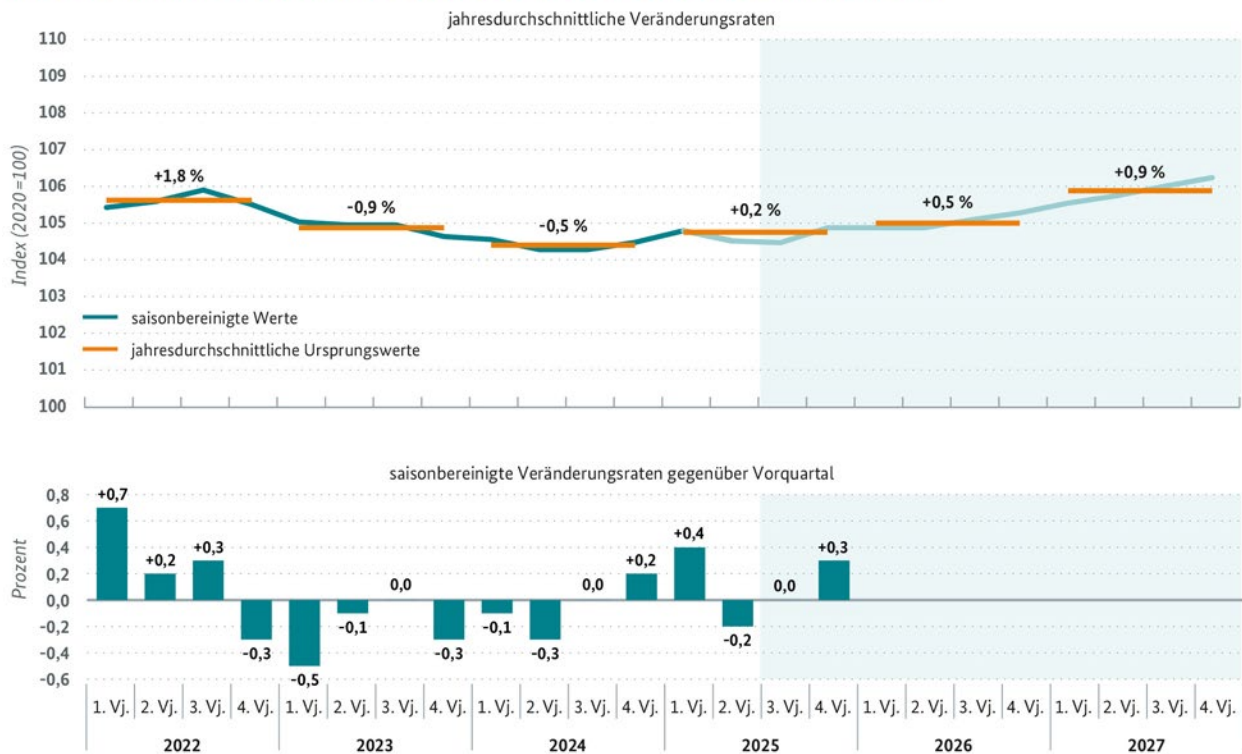
Der private Konsum bleibt eine Stütze der konjunkturellen Entwicklung in Deutschland. Der Energiepreisanstieg führt kurzfristig zwar zu Kaufkraftverlusten bei den privaten Haushalten, im Projektionszeitraum wird jedoch von einer allmählichen Normalisierung der Energiepreise ausgegangen. Die Effektivlöhne (Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmenden) dürften im Projektionszeitraum trotz des deutlichen Verbraucherpreisanstiegs real leicht steigen. Im Jahr 2027 dürfte dann bei nachlassendem Energiepreisdruck und einer schrittweisen Verbesserung der Beschäftigungslage der private Konsum weiter expandieren, wenn auch mit insgesamt moderater Dynamik. Damit dürften die privaten Konsumausgaben in realer Betrachtung mit Zuwachsraten von jeweils rund einem halben Prozent zulegen.

Die Staatsausgaben sind neben dem privaten Konsum ein weiterer Träger der gesamtwirtschaftlichen Expansion. Bereits im Jahr 2025 haben verstärkte Investitions- und Konsumausgaben des Staates – vor allem im Bereich Verteidigung, Infrastruktur und Klimaschutz – die Erholung gestützt. Die Jahre 2026 und 2027 sind von der expansiven Ausrichtung der Finanzpolitik geprägt. Die kräftige Ausweitung der Neuverschuldung und die Nutzung von Ausnahmetatbeständen der Schuldenbremse schaffen fiskalische Spielräume, die zu einem deutlichen Anstieg der staatlichen Ausgaben führen dürften. Dabei kommt neben den zusätzlichen Infrastrukturinvestitionen in den Bereichen Verkehr, Digitalisierung und Energie auch den Ausgabensteigerungen bei Bildung und Betreuung sowie Forschung, Entwicklung und Wohnungsbau eine zentrale Rolle zu, da sie die Produktionskapazitäten erhöhen und das mittelfristige Potenzialwachstum stärken können.

Die weitere wirtschaftliche Entwicklung hängt wesentlich von den Perspektiven des Konfliktes im Nahen Osten ab. Selbst wenn es zu einer baldigen Befriedung und Öffnung der Straße von Hormus käme, dürfte eine Normalisierung der Produktions- und Transportkapazitäten angesichts der Zerstörung der dortigen Produktionskapazitäten und des Rückstaus durch Lieferengpässe bei Energie- und anderen Rohstoffen noch eine längere Zeit erfordern und die Energie- und Rohstoffpreise auf einem erhöhten Niveau bleiben. Die belastenden Effekte auf die deutsche Wirtschaft dürften damit auch im wei-



ABBILDUNG 1: ENTWICKLUNG DES BRUTTOINLANDSPRODUKTS IN DEUTSCHLAND



Quellen: Statistisches Bundesamt; Frühjahrsprojektion der Bundesregierung

teren Jahresverlauf spürbar sein. In der Frühjahrsprojektion wird unterstellt, dass die Energiepreise zur Jahresmitte allmählich wieder sinken, aber für längere Zeit deutlich über dem Vorkrisenniveau verbleiben (s. Kasten 1). Allerdings ist auch nicht auszuschließen, dass die begonnenen Verhandlungen nicht zu einer stabilen Lösung in der Region führen und es erneut zu kriegerischen Auseinandersetzungen mit einer Blockade der Straße von Hormus, Beschädigungen von Produktionsanlagen und entsprechenden deutlichen Energie- und Rohstoffpreisanstiegen kommt. Um die möglichen Auswirkungen unterschiedlicher Entwicklungen, unabhängig von der Frühjahrsprojektion, auf das BIP und die Verbraucherpreise zu quantifizieren, werden auf Basis eines strukturellen Mehrländermodells alternative Szenarien vorgestellt (s. Kasten 2). In einem adversen Szenario würde der BIP-Zuwachs infolge einer ungünstigeren Energiepreisentwicklung in diesem Jahr um 0,2 Prozentpunkte niedriger ausfallen als in einem Szenario, das die Markterwartungen für Öl- und Gaspreise vom 10. April 2026 unterstellt. →

KASTEN 1: ANNAHMEN DER FRÜHJAHRSPROJEKTION 2026

Für die Weltwirtschaft wird mit einem preisbereinigten BIP-Wachstum in Höhe von 2,9 Prozent in diesem Jahr und 3,0 Prozent im Jahr 2027 gerechnet. Mit Blick auf das Zollumfeld wird unterstellt, dass Zölle, die Anfang April 2026 in Kraft getreten bzw. vereinbart sind, bestehen bleiben. Damit liegt der effektive US-Zoll für Einfuhren aus der EU nach wie vor bei gut 15 Prozent.

Für die Entwicklung der Energiepreise wird eine technische Annahme auf Basis von Terminnotierungen zum Zeitpunkt des Projektionsabschlusses (10. April) getroffen. Demnach wird für das Jahr 2026 ein durchschnittlicher Rohölpreis für ein Fass der Sorte Brent von rund 84 US-Dollar unterstellt, 2027 dürfte der Durchschnittspreis gemäß Futures bei 76 US-Dollar liegen. Für Gas wird für den Jahresdurchschnitt 2026 ein Preis von 46 Euro pro MWh erwartet. Im Jahr 2027 dürfte der durchschnittliche Gaspreis dann auf 38 Euro pro MWh zurückgehen. Der Hauptrefinanzierungssatz der Europäischen Zentralbank liegt aktuell bei 2,15 Prozent. Für das Jahr 2026 wird auf Basis von Experteneinschätzungen ein jahresdurchschnittlicher Zinssatz von 2,4 Prozent unterstellt, 2026 von 2,7 Prozent.

ENERGIEPREISSCHOCK DÄMPFT WELTWIRTSCHAFTLICHE PERSPEKTIVEN

Die Weltwirtschaft hat sich bis Ende Februar robust gezeigt, gestützt durch Investitionen und Produktion im KI-Bereich und vielerorts günstigere Finanzierungsbedingungen. Sowohl in den USA als auch in China expandierte die Wirtschaftsleistung 2025 trotz höherer Zölle und handelspolitischer Unsicherheit ähnlich wie im Jahr zuvor. Gleichzeitig setzte sich die allmähliche konjunkturelle Erholung im Euroraum fort. Auch der Welthandel blieb bis zuletzt, ungeachtet der deutlich restriktiveren Handelspolitik, aufwärtsgerichtet. Hierzu trug eine dynamischere Handelsaktivität in Asien mit KI-bezogenen Produkten bei.

Am aktuellen Rand zeichnet sich vor dem Hintergrund des Konflikts im Nahen Osten und des Energiepreisanstiegs jedoch eine Abschwächung ab. Frühindikatoren für die weltwirtschaftliche Aktivität haben sich seit März spürbar eingetrübt. Der Sentix-Index, der die Konjunkturerwartungen von Finanzinvestoren widerspiegelt, hat Anfang April zum zweiten Mal in Folge nachgegeben. Der Einkaufsmanagerindex von S&P Global für die Weltwirtschaft ist zuletzt sowohl in der Industrie als auch im Dienstleistungsbereich zurückgegangen. Das globale Expansionstempo nimmt ab.

Unter der technischen Annahme, dass sich die derzeitigen Turbulenzen auf dem Energiemarkt im weiteren Verlauf abschwächen und die Preise für Öl und Gas ab Mitte 2026 allmählich sinken, ist ab dem zweiten Halbjahr wieder mit einer schrittweise anziehenden weltwirtschaftlichen Dynamik zu rechnen. Dazu dürfte neben einer weiterhin dynamischen Entwicklung von KI-bezogenen Investitionen beitragen, dass der effektive US-Importzoll nach dem Urteil des Obersten Gerichtshofs der USA im Februar gesunken ist und die Finanzpolitik vielerorts leicht stützend wirkt.

Im Euroraum dürfte die konjunkturelle Erholung angesichts des Iran-Kriegs schwächer ausfallen als zuvor erwartet. Während höhere Zölle, der starke Euro und der anhaltende Wettbewerbsdruck aus China belasten, gehen stützende Effekte von der staatlichen Nachfrage nach Verteidigungsgütern und einer weiteren, wenn auch etwas schwächer als zuvor erwarteten Expansion des privaten Konsums dank einer robusten Arbeitsmarktentwicklung aus.

Die USA sind als Netto-Energieexporteur weniger stark von dem Energiepreisschock betroffen und dürften im Projektionszeitraum mit ähnlichem Tempo wie zuvor expandieren – und damit kräftiger als der Durchschnitt der Industrieländer. Hierzu dürften finanzpolitische Impulse, günstigere Finanzierungsbedingungen infolge der vorangegangenen Leitzinssenkungen und dynamische Investitionen in Digitalisierung und KI beitragen. Die restriktivere Handels- und Einwanderungspolitik dürfte aber zu Preissteigerungen führen.

In China ist trotz staatlicher Stützungsmaßnahmen und expansiver Geldpolitik eine strukturelle Verlangsamung der Wirtschaftsaktivität zu erwarten. Auch wenn sich das Zollumfeld seit Februar für die chinesischen Exporteure deutlich günstiger darstellt, bremsen anhaltende Korrekturen auf dem Immobilienmarkt und eine schwache Binnennachfrage.

Insgesamt hängen die Aussichten für die Weltwirtschaft wesentlich von der weiteren Entwicklung des Konflikts im Nahen Osten ab und die Risiken bleiben erheblich. Auf Basis der aktuellen Einschätzungen internationaler Organisationen wie dem IWF oder der OECD wird in der vorliegenden Projektion davon ausgegangen, dass das weltweite BIP in den Jahren 2026 und 2027 mit 2,9 Prozent bzw. 3,0 Prozent expandiert und damit mit etwas geringerem Tempo als 2025. Auch beim Welthandelsvolumen ist nach den zollbedingten Vorzieheffekten im vergangenen Jahr mit einer Verlangsamung der Dynamik auf 2,3 Prozent im laufenden Jahr zu rechnen, 2027 dürfte der Zuwachs mit 3,0 Prozent wieder etwas höher liegen.

Vor dem Hintergrund der Zollanhebungen, einer Aufwertung des Euro und des auch strukturell erhöhten Wettbewerbsdrucks, insbesondere aus China, sind die deutschen Ausfuhren im vergangenen Jahr nach zwei deutlichen Rückgängen nochmals etwas gesunken. Nach den zollbedingten kräftigen Vorzieheffekten zu Jahresbeginn gingen insbesondere die realen Warenausfuhren in die USA und nach China zurück. Das expandierende EU-Geschäft konnte diese Rückgänge nur zum Teil abfedern.

Indikatoren wie der Spezialhandel oder die ifo Exporterwartungen weisen für das erste Quartal 2026 auf eine Belebung der realen Exporte hin. Ab dem zweiten Quartal ist infolge des Energiepreisschocks aber wieder mit einer vorübergehenden Eintrübung der Exporte zu rechnen, da sich die globale Industriekonjunktur und damit die Auslandsnachfrage abschwächen dürfte. Basierend auf der Annahme, dass sich die Energiepreise und Unsicherheiten ab der zweiten Jahreshälfte wieder allmählich zurückbilden und die Zölle auf dem aktuellen Niveau bleiben, ist zu erwarten, dass sich das Auslandsgeschäft im weiteren Verlauf allmählich erholt. Dazu dürfte insbesondere die Belebung der Nachfrage aus dem Euroraum und den übrigen EU-Ländern beitragen. Der starke Euro lastet aber weiterhin auf der Wettbewerbsfähigkeit außerhalb des Euroraums. Insgesamt erwartet die Bundesregierung eine Stagnation der realen Exporte von Waren und Dienstleistungen im Jahr 2026. Im nächsten Jahr dürften die Ausfuhren um 1,3 Prozent steigen, allerdings mit geringerem Tempo als die Absatzmärkte, so dass die deutschen Exporteure erneut Marktanteile verlieren dürften.

Auch bei den realen Importen zeichnet sich eine geringere Dynamik als zuvor erwartet ab. Zum



einen weisen aktuelle Außenhandelsdaten nach dem schwachen Jahresende 2025 auf eine verhaltene Importentwicklung im ersten Quartal hin. Zum anderen dürften sich auch bei den Einfuhren insbesondere im zweiten Quartal die Folgen des Konflikts im Mittleren Osten dämpfend bemerkbar machen. Bei allmählicher Erholung der Binnen- und Auslandsnachfrage dürften sich die Einfuhren von Waren und Dienstleistungen im weiteren Projektionszeitraum dann aber dynamischer entwickeln als die Exporte, auch weil staatliche Mehrausgaben für Verteidigung Impulse geben. Alles in allem rechnet die Bundesregierung mit Importzuwachsen von 1,4 Prozent im Jahr 2026 und 1,8 Prozent im Jahr 2027.

Damit gehen vom Außenhandel per Saldo weiterhin negative Wachstumsbeiträge von -0,5 Prozentpunkten im laufenden Jahr und -0,2 Prozentpunkten im kommenden Jahr aus. Dies beeinflusst maßgeblich die weitere Entwicklung des Leistungsbilanzsaldos. In der Frühjahrsprojektion wird vor dem Hintergrund vorübergehend stark steigender Importpreise damit gerechnet, dass sich die Terms of Trade, also das Verhältnis von Export- zu Importpreisen, im laufenden Jahr um 1,5 Prozent verschlechtern und 2027 mit einem leichten Anstieg um 0,3 Prozent wieder normalisieren. Alles in allem ist bei deutlich abnehmendem Exportüberschuss mit einem weiteren Abschmelzen des Leistungsbilanzüberschusses von 4,5 Prozent in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2025 auf 3,2 Prozent im Jahr 2027 zu rechnen.

FISKALISCHE IMPULSE STÜTZEN DIE INVESTITIONSENTWICKLUNG

Die Investitionstätigkeit dürfte im Projektionszeitraum für die konjunkturelle Erholung zunehmend bedeutsamer werden. Wesentliche Treiber sind die fiskalischen Impulse aus den Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität sowie für die Bundeswehr, deren unmittelbare Wirkung vor allem in zunehmender Bautätigkeit und Rüstungsproduktion sichtbar wird. Private Investitionen werden durch die steuerlichen Anreize des Investitions-Sofortprogramms in Verbindung mit den schrittweisen Absenkungen des Körperschaftsteuersatzes gestützt. Gleichwohl werden auch die Investitionen infolge des jüngsten Energiepreisanstiegs, der geopolitischen Unsicherheiten und ungünstigerer Finanzierungsbedingungen gedämpft.

Die Ausrüstungsinvestitionen erholen sich nur schrittweise von der Schwäche der vergangenen Jahre. Nach einem Rückgang von real 1,9 Prozent im Jahr 2025 wird für das Jahr 2026 ein Anstieg von 1,1 Prozent erwartet. Das Spannungsfeld zwischen kräftig zunehmenden öffentlichen Beschaffungen, vor allem im Rüstungsbereich, und einer Zurückhaltung der Unternehmen, in neue Maschinen, Geräte und Fahrzeuge zu investieren, wird auch in diesem Jahr zunächst weiter

fortbestehen. Neben strukturellen Investitionshemmnissen dürften gestiegene Energie- und Vorleistungskosten sowie erhöhte Unsicherheiten infolge des Irankriegs zum Aufschieben privater Investitionen führen. Unter der Annahme eines Rückgangs der geopolitischen Unsicherheiten im Jahresverlauf dürften sich die stützenden Kräfte, insbesondere die bereits im Vorjahr beschlossenen Maßnahmen wie etwa verbesserte steuerliche Abschreibungsregeln, jedoch zunehmend durchsetzen. Darauf deuten auch die Investitionspläne der Unternehmen hin, die zuletzt wieder deutlich optimistischer geworden sind: Laut ifo-Umfrage sind die Investitionserwartungen im März auf +0,2 Punkte gestiegen, nach -3,1 Punkten im Dezember 2025. Noch deutlicher haben sich der Umfrage zufolge die Erwartungen der Industrie in Richtung Ausweitung verschoben, von -6,4 auf +0,1 Punkte. Aufbauend auf der erwarteten Erholung in der zweiten Hälfte dieses Jahres wird für das Jahr 2027 dann mit deutlich zunehmenden Ausrüstungsinvestitionen gerechnet (+4,4 Prozent).

Bei den Bauinvestitionen zeichnet sich insgesamt eine Stabilisierung ab, mit Zuwachsraten von 1,0 Prozent in diesem und 1,9 Prozent im kommenden Jahr. Nach einem witterungsbedingt kräftigen Einbruch zu Jahresbeginn wird erwartet, dass sich die bereits Ende 2025 eingeschlagene Erholung im Frühjahr fortsetzt. Vor allem der Nichtwohnungsbau profitiert von zusätzlichen öffentlichen Infrastrukturprojekten. Etwas schwächer dürfte sich hingegen der Wohnungsbau entwickeln. Zwar deuten trendmäßig steigende Genehmigungs- und Auftragseingänge auch in diesem Bereich Zuwächse an. Steigende Baupreise und höhere Hypothekenzinsen dürften einer stärkeren Erholung in diesem Jahr jedoch entgegenstehen.

Die Investitionen in sonstige Anlagen sind von den Energiepreisschocks kaum betroffen und expandieren mit 3,8 Prozent 2026 und 3,7 Prozent 2027 weiterhin kräftig. Vor allem steigende Aufwendungen für KI als auch staatlich finanzierte Forschung und Entwicklung tragen zum kräftigen Wachstum bei.

Insgesamt erwartet die Bundesregierung für die Bruttoanlageinvestitionen nach einem Rückgang von 0,2 Prozent im vergangenen Jahr für das Jahr 2026 einen Zuwachs von 1,6 Prozent. Für das kommende Jahr wird dann mit einem Anstieg um 3,0 Prozent gerechnet.

ENERGIEPREISANSTIEG ERHÖHT INFLATION

Die Verbraucherpreisentwicklung wird im Projektionszeitraum maßgeblich durch den Energiepreisschock infolge des Iran-Kriegs geprägt. Nach einer Phase stabiler Inflation um zwei Prozent im zweiten Halbjahr 2025 dürfte die Inflationsrate 2026 auf 2,7 Prozent und 2027 auf 2,8 Prozent steigen.



Zentrale Ursache ist die faktische Blockade der Straße von Hormus, über die mehr als ein Viertel des globalen seegestützten Ölhandels und rund ein Fünftel des weltweiten Handels mit Flüssigerdgas verschifft wird. Entsprechend haben sich die Annahmen für Rohöl- und Gaspreise deutlich erhöht (siehe Kasten 1) mit der Folge, dass die Energiepreise nach einem Rückgang um 2,7 Prozent im vorherigen Jahr in diesem Jahr um 6,4 Prozent steigen dürften. 2027 wird mit einer Verlangsamung der Energiepreisinfation auf 3,2 Prozent gerechnet; der Preisschock wird von den Märkten als vorübergehend eingepreist.

Auch Zweitrundeneffekte des Energiepreisanstiegs dürften im Verlauf des Jahres zunehmend spürbar werden. Über höhere Rohstoff- und Vorleistungskosten wie z. B. für Düngemittel und Helium schlagen sie sich in steigenden Güter- und Nahrungsmittelpreisen nieder. So stieg der S&P-Getreidepreisindex als vorlaufender Indikator im Durchschnitt des März um sechs Prozent gegenüber Februar – ein ungewöhnlich starker Anstieg, der den Kostenschub im Agrarsektor illustriert. Die Kerninflation, also ohne Preise von Energie und Lebensmitteln, dürfte nach einem Anstieg von 2,3 Prozent in diesem Jahr im Zuge der verzögerten Effekte des Energiepreisanstiegs auf 2,7 Prozent im kommenden Jahr anziehen.

Die Preise für Dienstleistungen bleiben mit einem Zuwachs von rund drei Prozent im Projektionszeitraum ein struktureller Inflationstreiber. Dahinter steht u.a. der hohe Arbeitskostenanteil im Dienstleistungssektor, der unter anderem über die Anhebung des Mindestlohns um über acht Prozent und steigende Sozialversicherungsbeiträge preissteigernd wirkt.

Administrative Maßnahmen beeinflussen die Preisentwicklung in beide Richtungen, bleiben insgesamt aber gering. Die CO₂-Preiserhöhung auf rund 65 Euro pro Tonne, die Mindestlohnanhebung und die Preiserhöhung des Deutschlandtickets wirken leicht preistreibend. Dem stehen die dauerhafte Senkung der Mehrwertsteuer in der Gastronomie auf sieben Prozent, reduzierte Stromnetzentgelte und der Wegfall der Gasspeicherumlage gegenüber.

KONJUNKTUR UND DEMOGRAFIE DÄMPFEN ARBEITSMARKTAUSBLICK

Die Entwicklung am Arbeitsmarkt ist weiterhin von der konjunkturellen Schwächephase, dem Strukturwandel und der Demografie geprägt. So kam der seit 2022 andauernde Anstieg der saisonbereinigten Arbeitslosigkeit zuletzt zwar zum Erliegen, dies ist jedoch ausschließlich auf Rückgänge im Rechtskreis des Sozialgesetzbuches II zurückzuführen. Die konjunkturereagiblere Arbeitslosigkeit im Rechtskreis des Sozialgesetzbuches III steigt hingegen weiterhin leicht an. Gleichzeitig hat die Zahl der Erwerbstätigen nach revi-

dierten Angaben des Statistischen Bundesamtes seit Mitte 2025 kontinuierlich abgenommen. Dabei setzt sich nicht nur der seit 2012 anhaltende Rückgang der Selbständigen weiter fort, sondern auch die Zahl von Arbeitnehmenden und sozialversicherungspflichtig Beschäftigten entwickelte sich zuletzt rückläufig.

Die Frühindikatoren deuten am aktuellen Rand weiter auf eine sinkende Arbeitskräftenachfrage hin. Sowohl die bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten offenen Stellen als auch die Unternehmensbefragungen im Rahmen der IAB-Stellenerhebung weisen ein im langjährigen Vergleich sehr niedriges Stellenangebot aus. Insbesondere die Beschäftigungschancen von Arbeitslosen sind unverändert gering. Zudem zeichnet sich laut ifo Beschäftigungsbarometer im Verarbeitenden Gewerbe und im Handel ein anhaltender Stellenabbau ab. Beschäftigungszuwächse dürften weiterhin bei den öffentlichen Dienstleistern zu beobachten sein. Da der Beschäftigungsanstieg im Bereich Bildung zuletzt zum Erliegen kam, dürfte die Dynamik im weiteren Verlauf jedoch abnehmen.

Aufgrund der schwachen Frühindikatoren sowie der infolge des Krieges im Nahen Osten abermals deutlich erhöhten Unsicherheit ist eine spürbare Erholung des Arbeitsmarktes in diesem Jahr nicht zu erwarten. Die Bundesregierung geht davon aus, dass die Zahl der Erwerbstätigen 2026 jahresdurchschnittlich um etwa 100 Tausend Personen zurückgeht und die Arbeitslosigkeit mit rund 30 Tausend Personen weiter leicht ansteigt. Angesichts der in einigen Branchen weiterhin bestehenden Unterauslastung dürfte die Arbeitskräftenachfrage der Unternehmen erst infolge eines dauerhaften konjunkturellen Aufschwungs wieder spürbar zunehmen. Gedämpft wird der Beschäftigungsaufbau jedoch durch die demografische Entwicklung und die teilweise mangelnde Passgenauigkeit zwischen Arbeitskräfteangebot und -nachfrage. Im kommenden Jahr wird daher eine Stagnation der Erwerbstätigkeit und ein Rückgang der Arbeitslosigkeit um ca. 30 Tausend Personen erwartet. Entsprechend dem langjährigen Trend dürfte die Zahl der Selbständigen weiter leicht abnehmen. Auch bei der marginalen Beschäftigung ist nach einem Rückgang im laufenden Jahr allenfalls mit einer Stabilisierung zum Ende der kurzen Frist zu rechnen. Angesichts des sinkenden Erwerbspersonenpotenzials dürfte die seit der Finanzkrise anhaltende Expansion der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung im Projektionszeitraum allmählich zum Erliegen kommen.

ENERGIEPREISSCHOCK BREMST KONSUMDYNAMIK

Trotz der schwachen Entwicklung des Arbeitsmarktes legten die Effektivlöhne (Bruttolöhne und Gehälter je Arbeitnehmer) 2025 mit einem Plus von 4,5 Prozent weiter spürbar zu. Gleichzeitig fielen die



Tarifabschlüsse angesichts der abnehmenden Inflationsdynamik zuletzt deutlich geringer aus als in den beiden vorangegangenen Jahren. Grund für die hohe Lohndrift dürften neben sektoralen Arbeitskräfteengpässen auch Sonderzahlungen in Form von Boni und Abfindungen sein. Angesichts der anhaltenden Restrukturierungsprozesse innerhalb der Unternehmen könnte diese Entwicklung im laufenden Jahr noch anhalten, dürfte jedoch im weiteren Verlauf eine immer geringere Rolle spielen.

Die Effektivlöhne nehmen auch wegen deutlicher Mindestlohnanstiege mit 3,5 Prozent in diesem und 3,2 Prozent im kommenden Jahr voraussichtlich weiter spürbar zu, weisen jedoch eine geringere Dynamik auf. Gleichzeitig könnten die Tarifabschlüsse im Projektionszeitraum aufgrund der infolge des Energiepreisschocks anziehenden Inflation wieder etwas kräftiger ausfallen. Die Lohndrift dürfte daher im Prognosezeitraum allmählich zurückgehen. Aufgrund steuerlicher Entlastungen (Ausgleich der kalten Progression, Einführung der Aktivrente, Anhebung des Grund- und Kinderfreibetrags) dürften die Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer mit 3,7 Prozent im Jahr 2026 in etwa so stark zunehmen wie die Effektivlöhne. Die Löhne wachsen damit im laufenden Jahr zwar kräftiger als die Inflationsrate, 2027 zeichnet sich angesichts des jüngsten Energiepreisschocks jedoch nur noch eine leichte Zunahme der realen Bruttolöhne ab.

Damit erhält der private Konsum weniger Rückenwind von der Einkommensentwicklung als noch in den vergangenen Jahren. Ein weiterer Dämpfer für die Konsumlaune geht von den gestiegenen Unsicherheiten bezüglich der Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt aus. Zusätzlich leiden einige gewichtige Branchen in Deutschland ganz besonders unter dem erstarkenden Protektionismus im globalen Handel sowie den ohnehin bestehenden geo- und handelspolitischen Unwägbarkeiten.

Eine skeptischere Erwartungshaltung bei Verbraucherinnen und Verbrauchern sorgte für einen Rückgang des ifo Geschäftsklimaindex des Einzelhandels im März. Das HDE-Konsumbarometer fiel im April auf den niedrigsten Wert seit zwei Jahren. Auch das GfK-Konsumklima dürfte im April erneut rückläufig sein; wobei die jüngste Eintrübung v. a. auf negativere Einkommenserwartungen zurückzuführen ist.

Vor diesem Hintergrund ist von einer gedämpften Entwicklung des privaten Verbrauchs auszugehen mit Wachstumsraten von 0,4 Prozent im Jahr 2026 bzw. 0,5 Prozent im Jahr 2027. Dabei geht die Bundesregierung für den Prognosezeitraum von einer recht stabilen Sparquote aus. Nach 10,3 Prozent im vergangenen Jahr sinkt sie in diesem Jahr voraussichtlich leicht auf 10,1 Prozent, bevor sie sich im kommenden Jahr auf 10,2 Prozent erhöht.

PRODUKTIONSLÜCKE, PRODUKTIONSPOTENZIAL UND MITTLERE FRIST

Das Produktionspotenzial wird von der Bundesregierung in Übereinstimmung mit der gemeinsamen EU-Methode geschätzt und beschreibt die wirtschaftliche Aktivität einer Volkswirtschaft bei Normalauslastung der Produktionsfaktoren (konjunkturbereinigte bzw. strukturelle, trendmäßige Wirtschaftsleistung, sog. „Normallage“). Das Wachstum des Produktionspotenzials fällt im Zuge der eingetrübten gesamtwirtschaftlichen Aussichten nochmals schwächer aus als in der Jahresprojektion und beträgt im Projektionszeitraum bis 2030 durchschnittlich rund +0,4 Prozent. Dabei tragen die verschiedenen Schocks und die strukturellen Umbrüche zu einer erhöhten Unsicherheit bezüglich der weiteren Entwicklung bei. Das schwache Potenzialwachstum ist aktuell von einer relativ geringen Produktivitätsentwicklung und einer zurückhaltenden privaten Investitionstätigkeit geprägt. In den kommenden Jahren wird es zunehmend durch die demografische Entwicklung gedämpft. Der Wachstumsbeitrag des Faktors Arbeit ist rückläufig und wird im Projektionszeitraum negativ. Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 74 Jahre) nimmt bis zum Jahr 2030 insgesamt um mehr als 700 Tsd. Personen ab gegenüber dem Jahr 2025, in der Altersgruppe 20 bis 66 Jahre beträgt der Rückgang sogar knapp 1,9 Mio. Personen.

Die gesamtwirtschaftliche Produktionslücke liegt im deutlich negativen Bereich. In den Jahren 2026 und 2027 vermindert sich die negative Produktionslücke betragsmäßig schrittweise auf -1,8 Prozent bzw. -1,3 Prozent und liegt damit auch am Ende der kurzen Frist noch merklich außerhalb des Korridors der Normalauslastung (hier definiert als $\pm 1/2$ Prozentpunkt um null). Bis zum Ende des Projektionszeitraums schließt sich die Lücke annahmegemäß.

In Vorbereitung der Frühjahrsprojektion wurden erneut die technischen Verfahren zur Fortschreibung der Bevölkerungsannahmen in den Projektionszeitraum sowie die optimale Auswahl der Spezifikationen der drei univariaten Zeitreihenfortschreibungsmodelle bestimmter Rechengrößen (Partizipationsrate, Arbeitsstunden je Erwerbstätigen und potenzielle Investitionsquote) in den mittelfristigen Projektionszeitraum gemäß statistisch-ökonomischer Gütekriterien gemeinsam von Bundeskanzleramt, Bundesministerium der Finanzen und BMWF überprüf. Im Ergebnis wurden die bisherigen Festlegungen innerhalb des EU-Methodenrahmens bestätigt, so dass bei der Potenzialschätzung im Rahmen der Frühjahrsprojektion 2026 keine methodischen Änderungen erfolgt sind.



CHANCEN UND RISIKEN

Die in der Frühjahrsprojektion dargelegte Entwicklung stellt wie üblich die aus Sicht der Bundesregierung zum Projektionszeitpunkt wahrscheinlichste Einschätzung der Wirtschaftsentwicklung in den kommenden Jahren dar. Wie in den vergangenen Jahren basiert diese Projektion auf Annahmen, die höheren Ungewissheiten als normalerweise üblich unterliegen.

Erheblich Risiken bestehen unverändert in den geopolitischen Rahmenbedingungen: Eine Einigung des Konflikts im Nahen Osten zwischen den USA und dem Iran ist eine zentrale Voraussetzung für die Normalisierung von Handels- und Produktionskapazitäten in der Region. Erneute Eskalationen könnten zu weiteren Lieferunterbrechungen sowie zu deutlicheren und anhaltenden Preissteigerungen bei Energie und Rohstoffen führen mit entsprechend negativen Auswirkungen auf die erwartete konjunkturelle Erholung (s. Kasten 2). Auch jenseits des Nahen Ostens besteht das Risiko einer möglichen Eskalation geopolitischer Spannungen, etwa in dem Handelskonflikt zwischen den USA und China sowie im Zusammenhang mit dem Krieg Russlands gegen die Ukraine. Sanktionen oder politisch motivierte Handelsbeschränkungen könnten Lieferkettenstörungen und Produktionsausfälle bei strategisch wichtigen Vorprodukten, wie etwa Halbleitern oder Seltenen Erden, verursachen.

Darüber hinaus könnte eine stärkere Abschwächung der globalen Konjunktur infolge steigender Energie-, Rohstoff- und Nahrungsmittelpreise – insbesondere in wichtigen

Wachstumsregionen wie Asien – in Verbindung mit restriktiveren geldpolitischen Maßnahmen zu einer Verlangsamung der Handels-, Konsum- und Investitionsdynamik führen. Auch von den Finanzmärkten gehen Risiken in Form einer möglicherweise plötzlichen Korrektur infolge deutlicherer Leitzinsanhebungen oder einer Neubewertung der Wachstums- und Gewinnperspektiven – etwa im Zusammenhang mit Erwartungen an neue Technologien wie Künstliche Intelligenz – aus, die globale Verwerfungen und entsprechende Wachstumsverluste nach sich ziehen könnten.

Schließlich besteht das Risiko, dass die energiepreisbedingten Kaufkraftverluste die Erholung des privaten Konsums stärker als erwartet dämpfen. Eine erhöhte Arbeitsplatzunsicherheit könnte zudem die Sparneigung der privaten Haushalte steigern und zu einer Konsumzurückhaltung führen.

Eine günstigere Entwicklung als in der Frühjahrsprojektion erwartet wäre im Falle einer Entspannung bei den handels- und geopolitischen Konflikten vorstellbar. Eine nachlassende Unsicherheit und größere Planungssicherheit könnten die Konsumenten- und Investorenstimmung verbessern und den privaten Verbrauch sowie die Investitionsentwicklung begünstigen. Darüber hinaus könnten geldpolitische Reaktionen weniger restriktiv ausfallen als angenommen und somit Investitionen und Konsum weniger stark dämpfen.

Schließlich ist nicht auszuschließen, dass fiskalische Maßnahmen – insbesondere durch die Sondervermögen und investitionsfördernden Programme – schneller und stärker wirken als unterstellt und über positive Spillover-Effekte die private Investitionstätigkeit zusätzlich anregen. —

KASTEN 2: MÖGLICHE GESAMTWIRTSCHAFTLICHE AUSWIRKUNGEN DES KRIEGS IM NAHEN OSTEN

Infolge des Kriegs im Nahen Osten und der Einstellung des Schiffsverkehrs in der Straße von Hormus sind die Preise für Öl und Gas stark gestiegen. Gleichzeitig hat sich die geopolitische Unsicherheit und die Volatilität an den Finanzmärkten deutlich erhöht. Die wirtschaftlichen Aussichten unterliegen damit hohen Unsicherheiten. Die Auswirkungen auf die Weltwirtschaft und die deutsche Wirtschaft werden entscheidend von Dauer und Ausmaß des Konflikts abhängen.

In der Frühjahrsprojektion der Bundesregierung wird die wahrscheinlichste gesamtwirtschaftliche Entwicklung in den Jahren 2026 und 2027 zum Stand der Projektionserstellung dargestellt. Die Energiepreisannahmen wurden auf Basis von Markterwartungen zur Entwicklung von Öl- und Gaspreisen vom 10. April 2026 gesetzt. Sollte sich der Konflikt länger hinziehen oder die Wieder-

aufnahme der Produktions- und Transportaktivitäten in der Konfliktregion länger dauern als von den Märkten eingepreist und die Energiepreise daher höher liegen als unterstellt, wären die wirtschaftlichen Einbußen höher.

Um die potenzielle Bandbreite der Auswirkungen möglicher alternativer Entwicklungen zu veranschaulichen, haben verschiedene Institutionen bereits eine Reihe von Simulationsanalysen vorgelegt, die mögliche wirtschaftliche Effekte unterschiedlicher Energiepreisszenarien isoliert darstellen. In ihren Frühjahrsprognosen haben internationale Organisationen wie der IWF oder die OECD den globalen BIP-Zuwachs in diesem Jahr infolge des Iran-Kriegs um etwa 0,3 Prozentpunkte niedriger veranschlagt als vor Kriegsbeginn.¹ In ungünstigeren Szenarien, also unter der Annahme höherer Öl- und Gaspreise als von den Märkten aktuell erwartet, könnte der weltweite BIP-Zuwachs in diesem Jahr laut Simulationen um bis zu 0,8 Prozentpunkte unter dem Vorkriegs-

¹ Vgl. *IMF World Economic Outlook*, April 2026, *OECD Economic Outlook*, März 2026

szenario liegen. In einem schwerwiegenden Konflikt-szenario erreichen die vom IWF ausgewiesenen Effekte auf die globale BIP-Entwicklung -1,3 Prozentpunkte im laufenden Jahr.

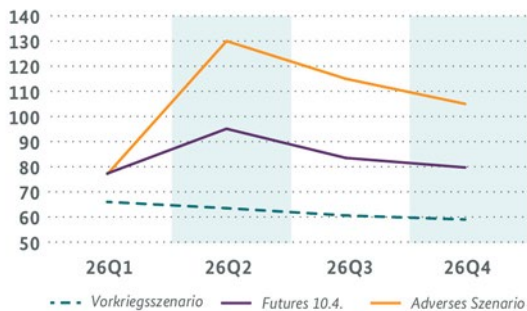
Im Folgenden ist die Simulation der Effekte zweier Energiepreisszenarien mithilfe des Global Economic Model von Oxford Economics auf die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland im Jahr 2026 dargestellt. Dieses strukturelle makroökonomische Mehrländermodell bildet vielfältige Handels-, Finanzmarkt- und gesamtwirtschaftliche Verknüpfungen innerhalb und zwischen einer Vielzahl von Ländern ab. Für das Basisszenario werden die Markterwartungen (Futures) vom 10.4. für die Entwicklung der Öl- und Gaspreise im Jahr 2026 unterstellt (Abb. 2). Für Rohöl der Sorte Brent legen diese einen Preis von 84 USD/Barrel im Jahresdurchschnitt 2026 nahe. Für Gas wird entsprechend den Futures ein Preis von 46 EUR/MWh im Jahr 2026 angenommen. In

diesem Szenario läge der BIP-Zuwachs gemäß den Modellrechnungen 2026 um etwa 0,3 Prozentpunkte unter dem Vorkriegsszenario (Abb. 3). Die Inflationsrate würde um etwa 0,7 Prozentpunkte höher ausfallen als ohne Energiepreisanstieg.

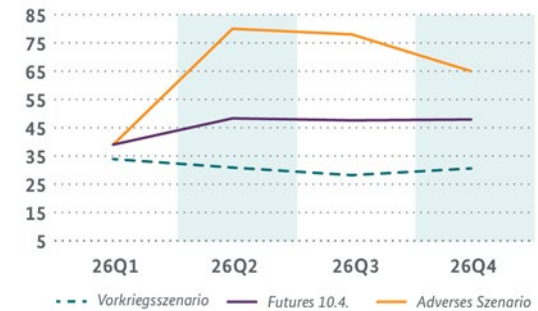
In einem ungünstigeren Szenario, unter der Annahme höherer Anstiege der Öl- und Gaspreise auf 107 USD/Barrel bzw. 66 EUR/MWh im Jahresdurchschnitt 2026, deuten die Modellsimulationen auf BIP-Effekte von -0,5 Prozentpunkten hin. Die Inflationsrate läge in diesem Szenario mit +1,6 Prozentpunkten wesentlich höher als im Vorkrisenszenario. Nicht erfasst bei diesen exemplarischen Simulationen sind mögliche zusätzlich dämpfende Effekte, die z.B. von Lieferkettenstörungen oder geopolitischen Unsicherheiten ausgehen können. Die Gemeinschaftsdiagnose kommt in Simulationsrechnungen zu ähnlichen Ergebnissen.²

ABBILDUNG 2: ENERGIEPREISSZENARIEN

Rohölpreis (USD/Barrel)



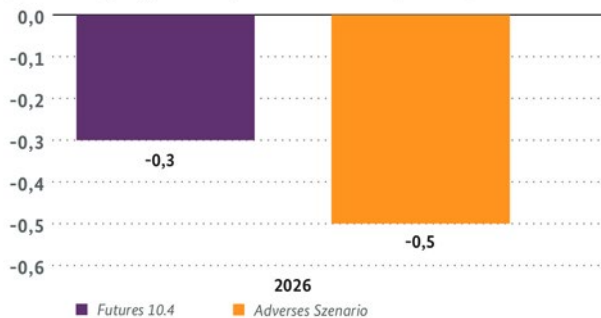
Erdgaspreis (EUR/MWh)



Quellen: Macrobond, Oxford Economics, eigene Darstellungen

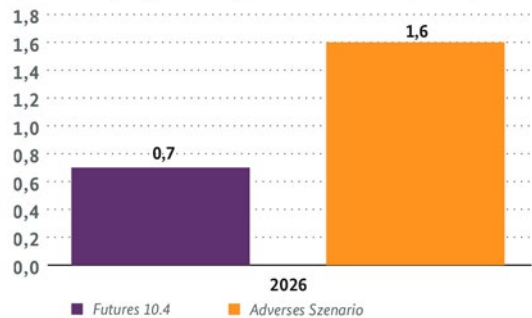
ABBILDUNG 3: WIRTSCHAFTLICHE AUSWIRKUNGEN

BIP-Entwicklung
(Abweichungen ggü. Vorkriegsszenario in Prozentpunkten)



Quellen: Oxford Economics, eigene Berechnungen

Inflationsrate
(Abweichungen ggü. Vorkriegsszenario in Prozentpunkten)



Quelle: Oxford Economics, eigene Berechnungen

² Vgl. Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2026

ECKWERTE DER FRÜHJAHRSPROJEKTION 2026

GESAMTWIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG in der Bundesrepublik DEUTSCHLAND ¹	2025	Frühjahrsprojektion	
		2026	2027
<i>Veränderung gegenüber Vorjahr in %, soweit nicht anders angegeben</i>			
ENTSTEHUNG des Bruttoinlandsprodukts (BIP)			
BIP (preisbereinigt)	0,2	0,5	0,9
Erwerbstätige (im Inland)	0,0	-0,2	0,0
BIP je Erwerbstätigen	0,3	0,7	1,0
BIP je Erwerbstätigenstunde	0,4	0,2	0,5
nachrichtlich:			
Arbeitslosenquote in % (Abgrenzung der BA) ²	6,3	6,3	6,3
VERWENDUNG des BIP in jeweiligen Preisen (nominal)			
Konsumausgaben			
Private Haushalte und priv. Organisationen ohne Erwerbszweck	4,2	3,2	3,3
Staat	5,7	5,2	3,3
Bruttoanlageinvestitionen	2,5	4,7	6,3
Vorratsveränderungen und Nettozugang an Wertsachen (Mrd. Euro)	72,4	75,5	76,5
Inlandsnachfrage	4,8	4,0	3,9
Bruttoinlandsprodukt (nominal)	3,3	2,8	3,8
VERWENDUNG des BIP preisbereinigt (real)			
Konsumausgaben			
Private Haushalte und priv. Organisationen ohne Erwerbszweck	1,6	0,4	0,5
Staat	1,3	2,0	1,3
Bruttoanlageinvestitionen	-0,2	1,6	3,0
Ausrüstungen	-1,9	1,1	4,4
Bauten	-0,6	1,0	1,9
Sonstige Anlagen	3,8	3,7	3,8
Vorratsveränderungen und Nettozugang an Wertsachen (Impuls) ³	0,7	0,0	0,0
Inlandsnachfrage	1,8	1,0	1,2
Exporte	-0,4	0,0	1,3
Importe	3,6	1,4	1,8
Außenbeitrag (Impuls) ³	-1,5	-0,5	-0,2
Bruttoinlandsprodukt (real)	0,2	0,5	0,9
Preisentwicklung (2020 = 100)			
Verbraucherpreisindex	2,2	2,7	2,8
Konsumausgaben der privaten Haushalte	2,6	2,7	2,8
Inlandsnachfrage	2,9	2,9	2,7
Bruttoinlandsprodukt ⁴	3,0	2,3	2,8
VERTEILUNG des Bruttonationaleinkommens (BNE)			
(Inländerkonzept)			
Arbeitnehmerentgelte	5,1	3,4	3,5
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	-1,4	0,5	4,0
Volkseinkommen	3,3	2,6	3,6
Bruttonationaleinkommen	3,4	2,9	3,7
nachrichtlich (Inländerkonzept):			
Arbeitnehmer	0,1	-0,1	0,0
Bruttolöhne und -gehälter	4,6	3,4	3,2
Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer	4,5	3,5	3,2
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	3,1	3,1	3,4
Sparquote in % ⁵	10,3	10,1	10,2

¹ Bis 2025 Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes; Stand: Februar 2026² Bezogen auf alle Erwerbspersonen; Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit³ Absolute Veränderung der Vorräte bzw. des Außenbeitrags in Prozent des BIP des Vorjahres (= Beitrag zur Zuwachsrates des BIP)⁴ Lohnstückkosten je Arbeitnehmer; Veränderung gegenüber Vorjahr: 2025: 4,7 %; 2026: 2,8 %; 2027: 2,5 %⁵ Sparen in Prozent des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte einschl. betrieblicher Versorgungsansprüche**KONTAKT & MEHR ZUM THEMA**

Referate

IC1 – Beobachtung, Analyse und Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
 IC2 – Wachstum, Demografie, Statistik
schlaglichter@bmwe.bund.de



Das Kraftstoffmaßnahmenpaket der Bundesregierung

Die militärischen Auseinandersetzungen im Nahen Osten und die Blockade der Straße von Hormus haben die Preise für Kraftstoffe weltweit und auch in Deutschland deutlich ansteigen lassen. Dies führt zu erheblichen Belastungen, sowohl für Verbraucherinnen und Verbraucher als auch für die Wirtschaft. Deshalb hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) ein Kraftstoffmaßnahmenpaket vorgelegt, das der Bundestag am 26. März 2026 beschlossen hat. Durch gezielte Maßnahmen sollen Transparenz und Wettbewerb auf allen Stufen der Wertschöpfungs- und Lieferkette dauerhaft gestärkt werden und so zu stabileren Preisen beitragen.

Das Kraftstoffmaßnahmenpaket umfasst drei Säulen: Die erste Säule ist das neue Kraftstoffpreisanpassungsgesetz (KPAnG). Darüber hinaus wird die kartellrechtliche Missbrauchsaufsicht durch Beweislastumkehr verschärft. Schließlich kann das Bundeskartellamt im Fall einer Marktstörung künftig schneller Maßnahmen ergreifen. Für die letzten beiden Maßnahmen wurde das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) geändert.

PREISE DÜRFEN NUR NOCH UM 12 UHR ERHÖHT WERDEN

Mit der Einführung des neuen KPAnG als erste Säule des Kraftstoffmaßnahmenpakets dürfen Tankstellen seit dem 1. April 2026 ihre Preise nur noch einmal täglich um zwölf Uhr erhöhen („12-Uhr-Regel“). Preissenkungen sind weiterhin beliebig oft und zu jeder Uhrzeit möglich. Die Begrenzung auf nur eine Preiserhöhung am Tag soll vor allem Transparenz für Verbraucherinnen und Verbraucher bringen – Preisin-

formationen (z.B. auf Tank-Apps) werden verlässlicher und preisbewusstes Tanken wird erleichtert.

Zugleich berücksichtigt das Gesetz, dass Preise in einer Marktwirtschaft grundsätzlich durch das Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage zustande kommen und eine zentrale Informationsfunktion haben. Die Handlungs- und Vertragsfreiheit der beteiligten Akteure wird vom Grundgesetz geschützt; der Staat greift deshalb nur in begründeten Ausnahmefällen in marktwirtschaftliche Prozesse ein.

Verstöße gegen das Gesetz können mit einer Geldbuße bis zu 100.000 Euro geahndet werden. Zuständig für den Vollzug des KPAnG sind die Behörden der Länder. Sie arbeiten eng mit der Markttransparenzstelle für Kraftstoffe (MTS-K) beim Bundeskartellamt zusammen, die ihre Informationen und Daten zu Preisveränderungen mit den Landesbehörden teilt. Jeder Verstoß gegen die „12-Uhr-Regel“, also wenn z.B. die Preiserhöhung zu falschen Uhrzeiten oder zu häufig vorgenommen werden, wird automatisch erfasst und an die zuständigen Behörden der Länder weitergeleitet. So werden Synergien genutzt und Doppelzuständigkeiten vermieden. Verbraucherinnen und Verbraucher brauchen daher beobachtete Verstöße dem Bundeskartellamt nicht gesondert per Telefon oder E-Mail zu melden.

BEWEISLASTUMKEHR BEI MISSBRAUCHSVERDACHT

Der derzeitige Energiepreisschock hat gezeigt, dass Mineralölunternehmen deutliche Preissetzungsspielräume für Kraftstoffe an Tankstellen haben. Damit diese Spielräume nicht missbräuchlich ausgenutzt



werden, wurde als zweite Säule des Kraftstoffmaßnahmenpakets die kartellrechtliche Missbrauchsaufsicht verschärft. Dadurch wird langfristig auch der Wettbewerb auf dem Kraftstoffgroßhandelsmarkt gestärkt. Das Bundeskartellamt konnte bereits vorher bei dem Verdacht missbräuchlich überhöhter Preise ein Verfahren gegen das entsprechende Unternehmen einleiten. Allerdings dauerten diese Verfahren in der Vergangenheit oft lange, weil die Kartellbehörden in langwierigen Verfahren mit oftmals großem Aufwand die Grundlagen der Angebotspreise ermitteln mussten, um diese als missbräuchlich einstufen zu können.

Mit einer neuen Regelung im Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB), dem neu eingeführten § 29a GWB, sollen diese Verfahren nun beschleunigt werden. Marktmächtige oder marktstarke Mineralölkonzerne müssen, nachdem die Kartellbehörde ein Verfahren gegen sie eröffnet hat, zunächst von sich aus darlegen, wie die von ihnen geforderten Preise zustande gekommen sind. Dies stellt eine Umkehr der Darlegungs- und Beweislast dar. Betroffene Unternehmen müssen künftig im Einzelnen aufschlüsseln, auf Basis welcher Kosten sie ihre Kraftstoffpreise festgelegt haben. Nur so kann die Kartellbehörde am Schluss bewerten, ob die Preise die Kosten in unangemessener Art und Weise überschreiten. Nach wie vor bleibt es aber Aufgabe der Kartellbehörden darzulegen, dass der Mineralölkonzern einen ganzen Markt beherrscht oder gegenüber einzelnen Vertragspartnern eine marktstarke Stellung innehat und die Höhe des Preises missbräuchlich ist. Verfahren zur Feststellung eines Preishöhenmissbrauchs bleiben somit auch zukünftig komplex.

Das Bundeskartellamt hat bereits mit der Vorbereitung von Verfahren auf Grundlage des neuen § 29a GWB begonnen und mit Inkrafttreten des Kraftstoffmaßnahmenpakets Antworten und Daten aus der Mineralölwirtschaft zur Preissetzung angefordert. Darüber hinaus hat das Bundeskartellamt ein Auskunftersuchen an alle Raffinerien in Deutschland gerichtet. Die Unternehmen müssen erläutern, welche wesentlichen Faktoren die Preissetzung beeinflussen und wie sich die aktuelle Krisensituation auf ihre Preise auswirkt.

SCHNELLERE VERFAHREN BEI WETTBEWERBSSTÖRUNGEN

Wettbewerbsstörungen können in allen Märkten auftreten. Damit das Bundeskartellamt bei Verdacht auf eine solche Störung zukünftig effizienter und schneller handeln kann, wird das entsprechende kartellbehördliche Verfahren als dritte Säule des Kraftstoffmaßnahmenpakets verkürzt und vereinfacht. Das gilt für künftige sowie für bereits laufende Verfahren.

Bereits vor Inkrafttreten der neuen Regelungen konnte das Bundeskartellamt eine sogenannte Sektoruntersuchung

einleiten, wenn konkrete Umstände vermuten lassen, dass der Wettbewerb auf einem Markt gestört ist. Solche Umstände können zum Beispiel sein, dass auf einem Markt immer weniger und immer größere Unternehmen tätig sind oder dass die Marktteilnehmer zunehmend untereinander verbunden sind.

Das weitere Vorgehen nach Abschluss einer Sektoruntersuchung war bisher in zwei strikt aufeinander folgende Schritte unterteilt. In einem ersten Schritt musste die Kartellbehörde das Vorliegen einer Wettbewerbsstörung feststellen, erst danach konnten in einem zweiten Schritt konkrete Maßnahmen gegen die Wettbewerbsstörungen erlassen werden. Die bisherigen zwei Schritte werden mit dem Kraftstoffmaßnahmenpaket in nur einem Schritt zusammengefasst. Diese Regelung ermöglicht, dass die Ergebnisse von Sektoruntersuchungen deutlich effizienter und schneller in konkrete, spürbare Maßnahmen umgesetzt werden können. —

Organisatorische Maßnahmen im Bundeskartellamt

Um eine möglichst effiziente Anwendung der neuen Regelungen sicherzustellen, hat das Bundeskartellamt in der zuständigen Abteilung drei Projektteams gebildet: die Markttransparenzstelle, ein Team für Verfahren nach § 29a GWB sowie ein Team für Sektoruntersuchungen und entsprechende Maßnahmen.

KONTAKT & MEHR ZUM THEMA

Referate

IB1 – Grundsatzfragen der Wettbewerbspolitik, Kartellrecht, wettbewerbspolitische Fragen der Digitalisierung

IB2 – Verbraucherpolitik, Wettbewerbspolitik in verbraucherrelevanten Bereichen

schlaglichter@bmwe.bund.de

Weiterführende Informationen

Informationen zum Beschluss im Bundestag:

<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2026/kw13-de-kraftstoffmassnahmenpaket-1156704>

Meldung des Bundeskartellamtes zum

Kraftstoffmaßnahmenpaket:

https://www.bundeskartellamt.de/SharedDocs/Meldung/DE/AktuelleMeldungen/2026/03_12_2026_Statement.html?nn=49120

Pressemitteilung des Bundeskartellamtes zu organisatorischen Maßnahmen:

https://www.bundeskartellamt.de/SharedDocs/Meldung/DE/Pressemitteilungen/2026/04_01_2026_V_B13.html?nn=49120

Meldung des Bundeskartellamtes zur Kontrolle der

Kraftstoffpreise:

https://www.bundeskartellamt.de/SharedDocs/Meldung/DE/AktuelleMeldungen/2026/04_09_2026_Statement.html?nn=52004



Wettbewerbsfähige und resiliente Energietechnologien in Deutschland – ein Beitrag zu Wachstum, Kosteneffizienz und Souveränität

Zum zweiten Mal seit 2022 ist der Wirtschaftsstandort Deutschland aktuell von deutlich gestiegenen Energiepreisen betroffen. Aktueller Hintergrund ist der militärische Konflikt im Persischen Golf, durch den einer der zentralen Transportkorridore der globalen Energieversorgung weitgehend blockiert wurde, was zu einem deutlichen Anstieg der Öl- und Gaspreise geführt hat. Die Steigerung von Energieeffizienz und eine Diversifizierung der Energieversorgung kann die Auswirkungen von Preishocks heute und in Zukunft mildern. Der Ausbau der erneuerbaren Energien kann einen wichtigen Beitrag zur Diversifizierung der Energieversorgung leisten. Dabei müssen jedoch alle Chancen und Risiken ins Kalkül gezogen werden, denn es gilt: Nichts ist ohne Risiko. Der Ausbau der erneuerbaren Energien allein ist noch kein Garant für Unabhängigkeit und Souveränität. Eine wesentliche Voraussetzung ist, dass Technologien für die Erzeugung und Verteilung von Elektrizität wie beispielsweise Windturbinen oder Komponenten für das Stromnetz zuverlässig zur Verfügung stehen – sei es für den Ausbau, den Ersatz oder die Modernisierung bestehender Anlagen. Dazu sollten sie zu

einem gewissen Anteil in Deutschland oder der Europäischen Union produziert werden und der Bezug aus Drittstaaten muss diversifiziert werden.

Richtig bleibt: Der Welthandel gibt wichtige Impulse für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung. Gut jeder vierte Arbeitsplatz in Deutschland hängt direkt oder indirekt vom Export ab. Die Bundesregierung tritt daher für offene Märkte, fairen internationalen Wettbewerb und für die Förderung des Handels auf der Grundlage klarer, vorhersehbarer und multilateral abgestimmter Regeln ein. Gleichwohl braucht Deutschland wie die Europäische Union in geopolitisch herausfordernden Zeiten neue Ansätze gegen bedrohte Lieferketten und Abhängigkeiten, die zum Beispiel unsere Energieversorgung bedrohen können.

Resiliente und zugleich wettbewerbsfähige Schlüsselindustrien sind essenziell für eine strategische, energiepolitische und technologische Souveränität. Sie tragen zudem in erheblichem Maße zu Wertschöpfung und Beschäftigung bei. Deutsche Produzenten dieser



Technologien sind zwar in vielen Bereichen bereits heute führend oder stehen mit an der Spitze. Damit sie vor dem Hintergrund geo- und handelspolitischer Herausforderungen aber auch in Zukunft einen wichtigen Beitrag zum deutschen Wohlstand leisten können, verfolgt die Bundesregierung gemeinsam mit der Europäischen Union das Ziel, die europäischen Hersteller von Energietechnologien auf verschiedene Arten zu unterstützen.

EIN RAHMEN FÜR INVESTITIONEN IN DIE PRODUKTION VON SCHLÜSSELTECHNOLOGIEN

Die Europäische Union hat daher zahlreiche Maßnahmen zur Stärkung resilienter Schlüsseltechnologien ergriffen; die Umsetzung erfolgt auf nationaler Ebene.

Mit dem europäischen Beihilferahmen Clean Industrial Deal State Aid Framework (CISAF) besteht seit dem 25.06.2025 u.a. die Möglichkeit, unter bestimmten Bedingungen staatliche Beihilfen für Investitionen in den Aufbau von Produktionskapazitäten für Netto-Null-Technologien zu gewähren. Der CISAF löst dabei die Vorgängerregelung, das Temporary Crisis and Transition Framework (TCTF), ab und erweitert deren Fördermöglichkeiten. Die Bundesregierung schafft mit der neuen „CISAF-Bundesregelung Netto-Null-Technologien“ einen Rahmen für Bund, Länder und Kommunen, um vereinfacht Förderungen gewähren zu können. Diese von der Europäischen Kommission genehmigte Bundesregelung gilt für ein breites Spektrum an Netto-Null-Technologien – von Windenergieanlagen, Wasserstofftechnologien und Wärmepumpen über Batterietechnologien und biotechnologische Klimaschutz- und Energielösungen, Kernfusionstechnologie bis hin zu Stromnetztechnologien und Abscheidung sowie Speicherung von CO₂. Nicht nur der Auf- und Ausbau von Anlagen zur Produktion dieser Technologien, sondern auch die Herstellung wichtiger spezifischer Bauteile und der relevanten kritischen Rohstoffe sind beihilfefähig. Diese erweiterten Möglichkeiten für staatliche Beihilfen wird das BMWF zunächst im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) sowie des Förderprogramms STARK für die Kohleregionen nutzen – weitere Fördermöglichkeiten werden geprüft.

Darüber hinaus hat die EU den Net Zero Industry Act (NZIA) erlassen und den Industrial Accelerator Act (IAA) angekündigt. Der Net Zero Industry Act (NZIA) sieht beispielsweise vor, dass bis 2030 mindestens 40 Prozent aller benötigten Schlüsseltechnologien im Bereich der Netto-Null-Technologien aus europäischer Produktion und nicht mehr als 50 Prozent aus einem einzelnen Drittstaat stammen sollen. Am 4. März 2026 hat die EU-Kommission ihren Vorschlag für einen Industrial Accelerator Act veröffentlicht.

ABSICHERUNGEN FÜR AUFTRÄGE

Auch dort, wo Investitionen bereits getätigt sind und Produktionskapazitäten bestehen, gibt es Handlungsbedarf. So freuen sich viele Produzenten durch den raschen Ausbau der Schlüsseltechnologien über eine steigende Zahl immer größerer Aufträge. Marktüblich ist dabei eine Hinterlegung von Sicherheiten durch die Produzenten, mit denen Auftraggeber bspw. im Falle von Verzögerungen oder Reklamationen abgesichert werden. So muss bspw. ein Produzent von Windturbinen bei einem Auftrag i.H.v. einer Milliarde Euro bis zu 300 Millionen Euro an Sicherheiten hinterlegen. Banken, die diese Sicherheiten üblicherweise zur Verfügung stellen, haben jedoch aufgrund bankenregulatorischer Vorgaben zur Vermeidung sog. Klumpenrisiken häufig nurmehr geringen Spielraum, diese sog. Avale zu gewähren. Aus diesem Grund hat der Bund gemeinsam mit der KfW ein neues Programm zur Marktverbreiterung geschaffen. Mit dem Kredit Nr. 877 „Absicherungsinstrument für Transformationsindustrien“ stellt die KfW gemeinsam mit weiteren Finanzierungspartnern Avalfinanzierungen – zu denen beispielsweise Anzahlungs-, Vertragserfüllungs- und Gewährleistungsgarantien zählen – zur Verfügung und unterstützt so die Hersteller von Schlüsseltechnologien. Hersteller, die eine Sicherheitsleistung hinterlegen müssen, gehen dazu auf ihren Finanzierungspartner zu, der bei Bedarf die KfW einbindet. Diese übernimmt bis zu 50 Prozent des Risikos (mindestens 50 Mio. Euro).

Eine Bedarfsanalyse des BMWF kommt zu dem Ergebnis, dass allein für die Schlüsseltechnologien Wind, Elektrolyseure, Wärmepumpen und Kabel/Netzkomponenten bis 2030 Avale i.H.v. 16 Mrd. Euro benötigt werden. Der maximale Risikoanteil der KfW beträgt somit 8 Mrd. Euro. Mit diesem Programmvolumen sollen zusammen mit privaten Mitteln bis zu 64 Mrd. Euro gehebelt werden. Gefördert werden Technologien und Branchen, die infolge der Dekarbonisierung mit beschleunigtem Übergang oder beschleunigter Entwicklung von Technologien beschäftigt sind, d. h. insbesondere Stromerzeugung und Verteilung, Wasserstoff/CCU/CCS, Energiespeicherung sowie Wärme- und Kälteerzeugung inklusive der jeweiligen Zulieferer und Hersteller von Komponenten.¹



¹ Ausgenommen ist die Herstellung von Konverterplattformen, welche bereits durch das Sonderbürgschaftsprogramm „Konverterplattformbau“ adressiert wird. Das Programm ist Teil des Deutschlandfonds.

STRATEGISCHER ABBAU BESTEHENDER ABHÄNGIGKEITEN – DAS BEISPIEL DER PERMANENTMAGNETE

Permanentmagnete finden sich in zahlreichen Produkten wie beispielsweise E-Autos, Medizintechnik oder vielen Windenergieanlagen. Permanentmagnetgeneratoren machen Windenergieanlagen effizienter, kompakter und wartungsärmer – gerade im Offshore-Bereich sind sie ein Schlüssel für eine zuverlässige und wirtschaftliche Stromerzeugung. Dabei entfallen 94 Prozent der weltweiten Produktionskapazität auf China, 5 Prozent auf Japan und nur 1 Prozent auf die EU. Der weit überwiegende Anteil der in der EU verbauten Permanentmagnete stammt aus China, das gilt auch für die seltenen Erden, aus denen sie gefertigt werden. China hat in 2023 den Export von Technologien zur Herstellung von Permanentmagneten verboten.

Um diese übermäßige Abhängigkeit abzubauen, hat die europäische Windindustrie gemeinsam mit dem BMW die Maßnahmen der Roadmap, mit denen das BMW die Bemühungen der Industrie zur Diversifizierung unterstützt, zählen unter anderem die Auslandsinvestitionsförderung, der Rohstofffonds, die Energieforschung, aber auch die Flankierung von Partnerschaften mit befreundeten Staaten wie Australien oder Japan durch das BMW und die Bundesregierung.

Die Roadmap ist ein gutes Beispiel dafür, wie realistische Ziele gesetzt und mit den richtigen Maßnahmen und Instrumenten unterstützt werden können. Sie verfolgt einen breiten technologieoffenen Ansatz mit klaren Anreizen für Diversifizierung und Innovation und ihr Konzept ist auch auf andere Schlüsselindustrien anwendbar. —

WindEnergie, Bundesverband Windenergie Offshore, der Stiftung Offshore-Windenergie und WindEurope erarbeitet.

Zu den Maßnahmen der Roadmap, mit denen das BMW die Bemühungen der Industrie zur Diversifizierung unterstützt, zählen unter anderem die Auslandsinvestitionsförderung, der Rohstofffonds, die Energieforschung, aber auch die Flankierung von Partnerschaften mit befreundeten Staaten wie Australien oder Japan durch das BMW und die Bundesregierung.

Die Roadmap ist ein gutes Beispiel dafür, wie realistische Ziele gesetzt und mit den richtigen Maßnahmen und Instrumenten unterstützt werden können. Sie verfolgt einen breiten technologieoffenen Ansatz mit klaren Anreizen für Diversifizierung und Innovation und ihr Konzept ist auch auf andere Schlüsselindustrien anwendbar. —

KONTAKT & MEHR ZUM THEMA

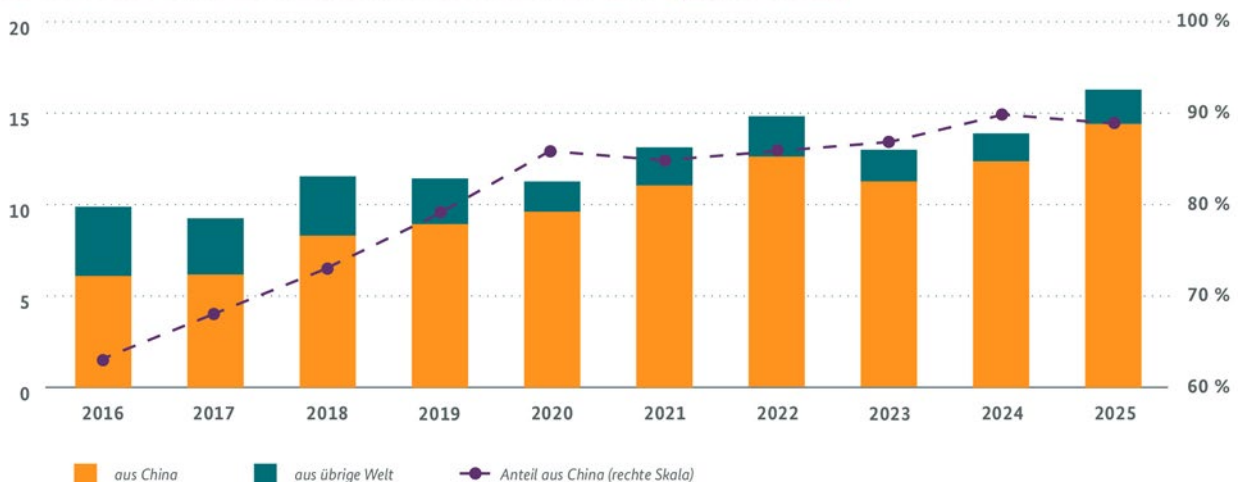
Referat IVD5 – Wind-, Solar- und Transformationsindustrien
schlaglichter@bmw.bund.de

Hier finden Sie die am 13. Februar 2026 im Bundesanzeiger veröffentlichte [CISAF-Bundesregelung Netto-Null-Technologien](#)

Hier finden Sie weitere Informationen zum [Absicherungsinstrument für Transformationsindustrien](#)

Die Resilienz-Roadmap Permanentmagnete ist unter folgendem Link abrufbar: [BMW - Von der europäischen Windindustrie erarbeiteter Resilienz-Fahrplan für Permanentmagnete \(PDF, 471 KB\)](#).

DEUTSCHE IMPORTE VON PERMANENTMAGNETEN IN 1000 T (LINKE SKALA)

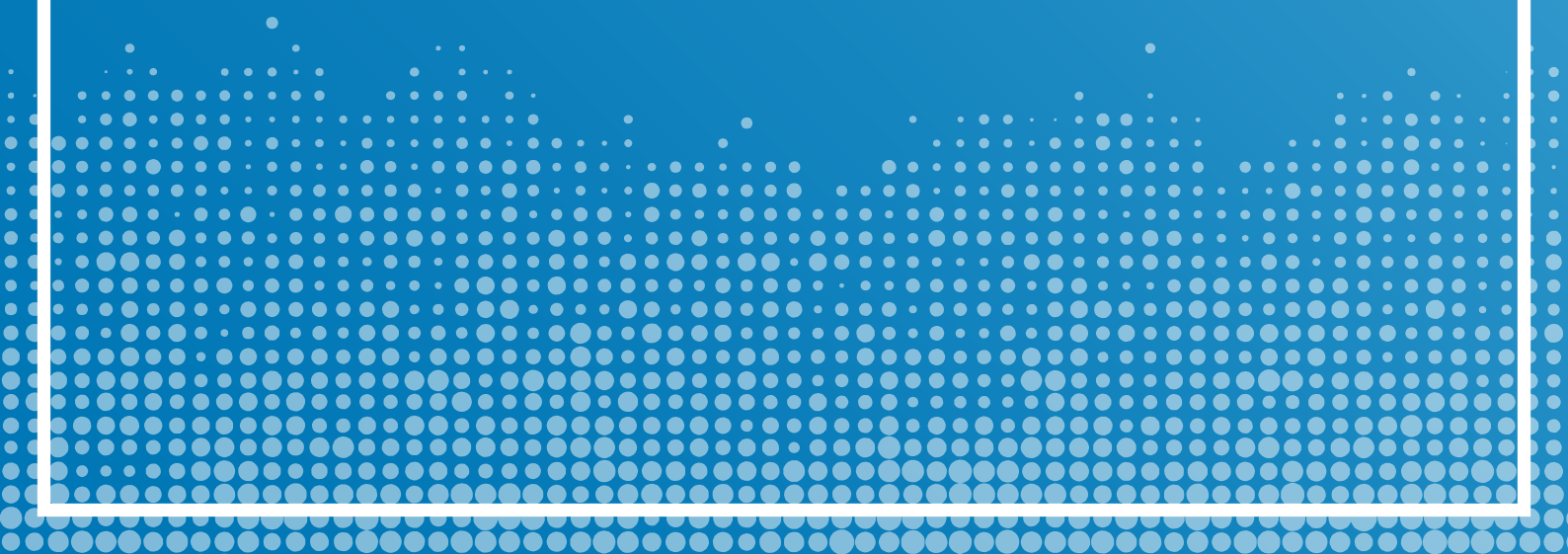


Quelle: Destatis

K



KONJUNKTUR



DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE in Deutschland im April 2026¹

IN KÜRZE

Die Entwicklung der deutschen Wirtschaft hat sich im ersten Quartal deutlich abgeschwächt. Nach einer kurzen Stimmungsaufhellung zu Jahresbeginn haben sich Erwartungen von Unternehmen und auch von Verbraucherinnen und Verbrauchern wieder eingetrübt. Die Industrie entwickelte sich zuletzt schwach und auch der Bau wies witterungsbedingt deutliche Einbußen auf. Zusätzlich belasten Lieferengpässe und steigende Energie- und Rohstoffpreise die Unternehmen. Konsumnahe Bereiche leiden unter steigenden Preisen, schwacher Nachfrage und Unsicherheiten. Die weitere wirtschaftliche Entwicklung hängt wesentlich von einer Lösung des Konflikts im Nahen Osten ab. Doch auch dann dürften hohe Energiepreise, Lieferprobleme und wirtschaftliche Belastungen noch länger anhalten.

Die Industriekonjunktur hat sich über die Wintermonate spürbar abgeschwächt. Die Auftragsgänge konnten ihren Aufwärtstrend nach einem deutlichen Dämpfer zu Jahresbeginn im Februar zwar fortsetzen. Die Industrieproduktion entwickelte sich zuletzt jedoch leicht rückläufig. Aufgrund der infolge des Konflikts im Nahen Osten sprunghaft gestiegenen Energiepreise und geopolitischen Unsicherheit deuten die Frühindikatoren auf eine Eintrübung der Industriekonjunktur im zweiten Quartal hin.

Die preisbereinigten Umsätze im Einzelhandel (saisonbereinigt, ohne Kfz) sind im Februar um 0,5 Prozent gegenüber dem Vormonat gesunken, nachdem der Januarwert leicht nach unten revidiert wurde.

Gegenüber dem Vorjahresmonat verzeichnete der Einzelhandel im Februar ein Plus von 0,7 Prozent. Bei den PKW-Neuzulassungen durch Privatpersonen zeigt sich im März im Vormonatsvergleich ein Anstieg von 5,2 Prozent; in der Dreimonatsbetrachtung hingegen ein Rückgang von 9,3 Prozent. Das Stimmungsbild deutet am aktuellen Rand insgesamt auf eine deutliche Eintrübung der Konsumententwicklung im zweiten Quartal 2026 hin.

Im Zuge des Iran-Kriegs und des damit zusammenhängenden Energiepreisanstiegs ist die Inflation im März deutlich auf 2,7 Prozent gestiegen. Ausschlaggebend war die kräftige Steigerung bei den Energiepreisen, die erstmals seit Dezember 2023 wieder deutlich zulegten, während die Entwicklung bei den Nahrungsmittelpreisen entlastete.

Die saisonbereinigte Arbeitslosigkeit stagnierte im März abermals. Gleichzeitig ging die Zahl der Erwerbstätigen im Februar weiter leicht zurück und auch die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung verzeichnete im Januar einen spürbaren Rückgang. Angesichts der weiterhin gedämpften Frühindikatoren und der konjunkturellen Risiken durch den Krieg im Nahen Osten ist eine Belebung des Arbeitsmarktes derzeit nicht zu erkennen.

Der IWH-Insolvenztrend für Personen- und Kapitalgesellschaften weist für März einen Anstieg der Insolvenzen von 17 Prozent gegenüber dem Vormonat sowie einen Anstieg von 18 Prozent gegenüber März 2025 aus.

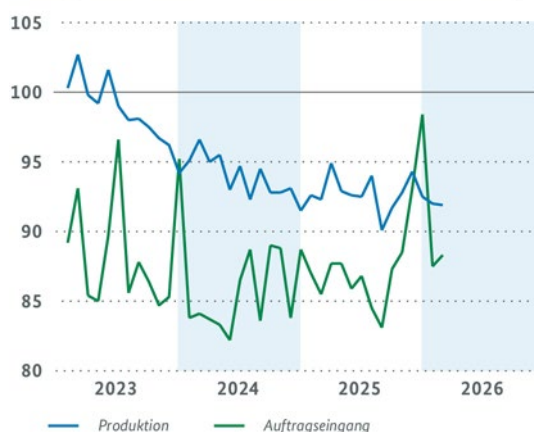
WIRTSCHAFTLICHE ABSCHWÄCHUNG IM ERSTEN QUARTAL

Die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland hat im ersten Quartal vor dem Hintergrund des Konflikts im Nahen Osten spürbar an Dynamik verloren. Während Stimmungsindikatoren im Unternehmenssektor und zum Teil auch bei Verbraucherinnen und Verbrauchern zu Jahresbeginn zunächst eine leichte Aufhellung zeigten, haben sich diese mit Beginn des Iran-Kriegs deutlich eingetrübt.

Aktuelle Indikatoren in der Industrie deuten darauf hin, dass sich die deutsche Wirtschaft im ersten Quartal nur sehr verhalten entwickelt haben dürfte. Die Auftragsgänge im Verarbeitenden Gewerbe haben sich im Februar nach dem Einbruch im Vormonat zwar etwas erholt, allerdings war der Anstieg vor allem auf eine gestiegene Auslandsnachfrage zurückzuführen; die inländischen Aufträge waren dagegen erneut rückläufig, wofür vor allem ein weiterer Orderrückgang der stark durch Großaufträge im Verteidigungsbereich geprägten Investitionsgüterproduzenten ausschlaggebend war. Die Industrieproduktion stagnierte im Februar nach einem Rückgang im Vormonat nahezu und liegt im Durchschnitt der Monate Januar und Februar gut einen Prozentpunkt unter dem Niveau des vierten Quartals 2025. Etwas günstiger entwickelten sich zuletzt allein die energieintensiven Industrien, die nach dem Rückgang zum Jahresende 2025 im Januar und Februar spürbar zulegten. →

INDUSTRIEPRODUKTION UND AUFTRAGSEINGANG IM VERARBEITENDEN GEWERBE

Monate, Volumenindex 2021 = 100, kalender- und saisonbereinigt



Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

¹ In diesem Bericht werden Daten genutzt, die bis zum 15. April 2026 vorlagen. Soweit nicht anders vermerkt, handelt es sich um Veränderungs-raten gegenüber der jeweiligen Vorperiode auf Basis preis-, kalender- und saisonbereinigter Daten.

Vorlaufende Indikatoren für die Industrieproduktion wie der Lkw-Maut-Fahrleistungsindex des Statistischen Bundesamtes und VDA-Daten zur Produktion von Kfz deuten auf eine insgesamt schwache Entwicklung der Industriekonjunktur im März hin. Hierfür dürften auch die Auswirkungen des Iran-Kriegs mit den daraus folgenden Energie- und Rohstoffpreissteigerungen sowie Lieferengpässen von Vorprodukten eine Rolle gespielt haben. Laut Umfragen des ifo Instituts geben rund 90 Prozent der Industrieunternehmen an, von dem Iran-Krieg in ihren Geschäften beeinträchtigt zu werden. Von Lieferverzögerungen bei Vorprodukten bzw. Rohstoffen sind mehr als ein Drittel der Unternehmen betroffen.

Auch bei den stärker binnenwirtschaftlich orientierten Bereichen zeigt sich am aktuellen Rand keine Belebung: Im Baugewerbe dürfte die Bruttowertschöpfung im ersten Quartal infolge der ungünstigen Witterung zu Jahresbeginn, die im Hoch- und Tiefbau zu Einschränkungen geführt hat, gesunken sein. In den ersten zwei Monaten des Jahres lag die Produktion im Baugewerbe um gut zwei Prozent unter dem Niveau des vierten Quartals 2025.

Die Stimmung in den (konsumnahen) Dienstleistungsbereichen zeigt angesichts der deutlichen Energiepreissteigerungen und der erhöhten geopolitischen Unsicherheiten ebenfalls eine deutliche Eintrübung: Der S&P-Dienstleistungsindex ist im März auf den tiefsten Stand seit September vergangenen Jahres gesunken und die Erwartungen im Handel waren laut ifo Geschäftsklima zuletzt rückläufig. Die Einzelhandelsumsätze, die knapp ein Drittel des privaten Konsums ausmachen, lagen im Durchschnitt der Monate Januar und Februar rund einen halben Prozentpunkt unter dem Niveau des Schlussquartals 2025. Auch die Kfz-Zulassungen privater Halter lagen im ersten Quartal deutlich unter dem Niveau des Vorquartals. Das Gastgewerbe hat im Januar 2026 rund vier Prozent weniger umgesetzt als im Dezember 2025. Die konsumnahen Dienstleistungen dürften sich auch in den kommenden Monaten angesichts der Schwäche auf dem Arbeitsmarkt, der energiepreisbedingten Kaufkraftverluste und der ungelösten geopolitischen Spannungen eher verhalten entwickeln. Stabilisierend dürfte sich dagegen weiterhin die Entwicklung der öffentlichen Dienstleistungen in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Verwaltung darstellen.

Ein konjunktureller Lichtblick zeigt sich bei der jüngsten Entwicklung des Außenhandels: Nach dem Rücksetzer zu Jahresbeginn sind die nominalen Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen im Februar merklich gestiegen und lagen im Durchschnitt der Monate Januar und Februar insgesamt um 2,7 Prozent über dem Niveau des Vorquartals. Auch die nominalen Einfuhren von Waren und Dienstleistungen waren nach dem vorangegangenen Einbruch im Februar wieder aufwärtsgerichtet. Vor dem Hintergrund der welt-

wirtschaftlichen Belastungen infolge der gestiegenen Energie- und Rohstoffpreise ist allerdings auch bei der Auslandsnachfrage in den kommenden Monaten von einer nachlassenden Dynamik auszugehen.

Die weitere wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland wird wesentlich von den Perspektiven im Iran-Krieg bestimmt. Der angekündigte Waffenstillstand ist eine wichtige Voraussetzung für eine Normalisierung der Handels- und Produktionskapazitäten im Nahen Osten. Voraussichtlich wird dies angesichts der bisherigen Zerstörung der dortigen Produktionskapazitäten und des Rückstaus durch Lieferengpässe bei Energie- und anderen Rohstoffen noch eine längere Zeit dauern. So lange werden die Energie- und Rohstoffpreise auf erhöhtem Niveau bleiben. Die belastenden Effekte auf die deutsche Wirtschaft dürften damit auch im weiteren Jahresverlauf spürbar sein, im günstigsten Fall mit einer allmählichen Normalisierung der Energie- und Rohstoffpreise.

WELTWIRTSCHAFT ERWEIST SICH WEITER ALS ROBUST, UNSICHERHEITEN BLEIBEN HOCH

Die weltweite Industrieproduktion ist im Januar mit +0,5 Prozent gegenüber dem Vormonat weiter gestiegen. Während die Produktion im Euroraum, in Osteuropa und Lateinamerika zurückging, wurde sie in Japan, China und den USA ausgeweitet. Gegenüber Januar 2025 lag die globale Produktion damit um 3,8 Prozent im Plus. Die Frühindikatoren für die weitere Entwicklung trüben sich aktuell infolge des Iran-Kriegs allerdings zunehmend ein: Der Einkaufsmanagerindex von S&P Global für die Weltwirtschaft ist im März deutlich von 53,3 auf 51,0 Punkte zurückgegangen, verbleibt aber weiter über der Wachstumsschwelle von 50 Punkten. Während sich die Stimmung bei den Dienstleistern merklich um -2,6 auf 50,8 Punkte eintrübte, kam es in der Industrie zu einem geringeren Rückgang um -0,5 auf 51,3 Punkte. Laut Sentix blickten Finanzinvestoren im April nochmals pessimistischer auf die Weltkonjunktur: Der Index gab von 9,7 auf -2,9 Punkte nach. →

EINKAUFSMANAGERINDEX WELT S&P GLOBAL



Quellen: S&P Global, Macrobond

Der weltweite Güterhandel hat zu Jahresbeginn mit +2,0 Prozent gegenüber dem Vormonat kräftig zugelegt, nachdem er im Dezember in etwa stagnierte. Besonders zwischen den asiatischen Volkswirtschaften wurde deutlich mehr gehandelt, wohingegen die Handelsaktivität im Euroraum rückläufig war. Insgesamt lag der Welthandel im Januar um 5,2 Prozent über dem Vorjahresmonat. Containerumschlagsdaten weisen auch für den Februar auf eine robuste Handelsentwicklung hin. So hat der RWI/ISL-Containerumschlagindex im Februar mit 144,8 Punkten auf vergleichsweise hohem Niveau stagniert. Während die Aktivität in den chinesischen Häfen aufgrund des dortigen Neujahrsfestes zurückging, nahm der Güterumschlag in den europäischen Häfen infolge vorgezogener Geschäfte mit China im Januar deutlich zu.

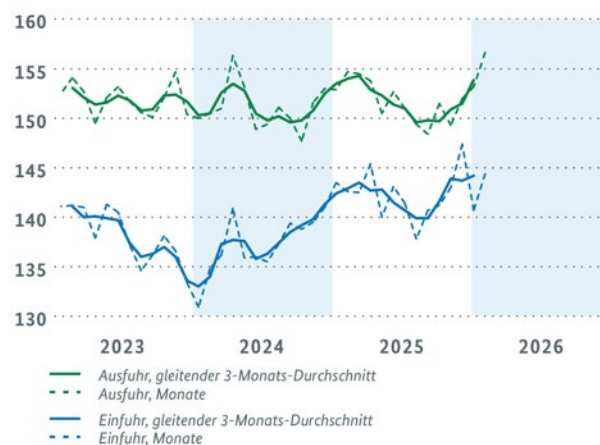
In ihren Frühjahrsprognosen haben Wirtschaftsforschungsinstitute und internationale Organisationen zuletzt ihre Erwartungen für den Welthandel in den kommenden Monaten abwärts revidiert. Trotz des vereinbarten Waffenstillstands zwischen den USA und Iran sind die weltwirtschaftlichen Perspektiven weiterhin mit hoher Unsicherheit behaftet.

AUSLANDSGESCHÄFT VOR BEGINN DES IRAN-KRIEGS AUFWÄRTSGERICHTET

Das Exportgeschäft hat nach der Schwächephase im Zuge der US-Zollpolitik 2025 zuletzt etwas Tritt gefasst. Die nominalen Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen zogen im Februar im Vormonatsvergleich saison- und kalenderbereinigt um 2,2 Prozent an. Nach dem Rücksetzer zu Jahresbeginn wurde der Güterhandel mit den EU-Staaten mit saisonbereinigt +5,8 Prozent gegenüber dem Vormonat im Februar wieder spürbar ausgeweitet. In die übrigen Länder nahmen die Lieferungen dagegen nur um 0,8 Prozent zu; sowohl auf dem US-Markt (-7,5 Prozent) als auch in China (-2,5 Prozent) kam es zu Exporteinbußen. Insgesamt lagen die Exporte von Waren und Dienstleistungen damit im Durchschnitt des Januar und Februar im Vergleich zum Vorquartal nominal um 2,7 Prozent im Plus. Die nominalen Einfuhren von Waren und Dienstleistungen nahmen nach dem vorangegangenen Einbruch mit +2,6 Prozent gegenüber dem Vormonat ebenfalls zu. Seit Jahresbeginn liegen sie aber noch um 0,9 Prozent unter dem Durchschnitt des Vorquartals. Der monatliche Saldo im Handel mit Waren und Dienstleistungen nahm infolge des etwas stärkeren Anstiegs der Einfuhren im Vergleich zu den Ausfuhren um 0,3 Milliarden Euro auf 12,2 Milliarden Euro ab.

EIN- UND AUSFUHREN (WAREN & DIENSTLEISTUNGEN)

in Milliarden Euro, kalender- und saisonbereinigt



Quelle: Zahlungsbilanzstatistik Deutsche Bundesbank (BBk)

AUSSENHANDEL*

	3.Q.	4.Q.	Dez.	Jan.	Feb.
WARENHANDEL UND DIENSTLEISTUNGEN (Zahlungsbilanzstatistik)					
Veränderung gegenüber Vorperiode in Prozent (saisonbereinigt)					
AUSFUHR	-1,8	0,9	1,8	0,8	2,2
EINFUHR	-2,0	2,9	3,1	-4,6	2,6
AUSSENHANDEL MIT WAREN NACH LÄNDERN (Außenhandelsstatistik)					
Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent (Ursprungswerte)					
AUSFUHR	1,0	2,8	6,1	-3,0	1,7
Eurozone	6,1	7,9	10,3	-1,6	5,8
EU Nicht-Eurozone	6,0	7,4	9,8	0,7	9,3
Drittländer	-4,8	-3,0	1,6	-5,5	-4,4
EINFUHR	3,9	4,6	8,3	-5,5	0,6
Eurozone	2,6	7,0	11,7	-3,1	0,7
EU Nicht-Eurozone	5,1	5,0	8,4	-8,2	-0,3
Drittländer	4,5	2,7	6,0	-6,2	0,8

Die Einfuhrpreise haben im Februar nach dem vorangegangenen deutlichen Anstieg saisonbereinigt gegenüber dem Vormonat stagniert. Gleichzeitig gingen die Ausfuhrpreise um 0,1 Prozent gegenüber Januar zurück. Die Terms of Trade, also die Export- relativ zu den Importpreisen, verschlechterten sich um 0,1 Prozent gegenüber dem Vormonat.

Die Frühindikatoren trüben sich aktuell infolge des Iran-Kriegs zunehmend ein. Die ifo Exporterwartungen haben sich im März nach den drei vorangegangenen Anstiegen deutlich verschlechtert, von 2,7 auf -0,9 Saldenpunkte. Andererseits erwartet der Automobilbau – entgegen dem allgemeinen Trend – weiterhin steigende Auslandsumsätze. Insgesamt rechnen aber viele Unternehmen, vor allem energieintensive, mit einer sinkenden Nachfrage auf wichtigen Absatzmärkten.



Die Auftragseingänge aus dem Ausland haben sich im Februar nach dem vorangegangenen Rückgang mit +4,7 Prozent gegenüber dem Vormonat wieder etwas erholt. Insbesondere die Orders von Investitionsgütern trugen mit einem Zuwachs von +7,5 Prozent gegenüber dem Vormonat dazu bei. Sowohl aus dem Euroraum als auch aus den übrigen Handelspartnerländern wurden vor allem mehr Kfz bestellt. Im weniger schwankungsanfälligen Dreimonatsvergleich lagen die Auslandsbestellungen insgesamt um 1,0 Prozent im Plus.

Bis zum Beginn des Iran-Kriegs scheint sich das deutsche Exportgeschäft stabilisiert zu haben. Für das zweite Quartal deuten die Indikatoren allerdings auf einen erneuten Dämpfer infolge der spürbar gestiegenen Energiepreise und andauernden geopolitischen Unsicherheiten hin.

INDUSTRIEPRODUKTION ZU JAHRESBEGINN GEDÄMPFT

Die Produktion im Produzierenden Gewerbe nahm im Februar preis-, kalender- und saisonbereinigt gegenüber dem Vormonat um 0,3 Prozent ab. In kalenderbereinigter Betrachtung lag sie auf Vorjahresniveau. Gemäß aufwärtsrevidierten Angaben hatte die Ausbringung im Januar stagniert. Im Dreimonatsvergleich war jedoch ein leichter Rückgang um 0,4 Prozent zu verzeichnen.

Die größten Einbußen waren im Februar im Baugewerbe zu beobachten (-1,2 Prozent). Dies dürfte auch auf die zu Monatsbeginn in Teilen Deutschlands noch anhaltende außergewöhnlich heftige Kälteperiode zurückzuführen sein. Während die Energieproduktion im Februar leicht ausgeweitet wurde (+0,3 Prozent), trat die Industrieproduktion auf der Stelle (-0,1 Prozent).

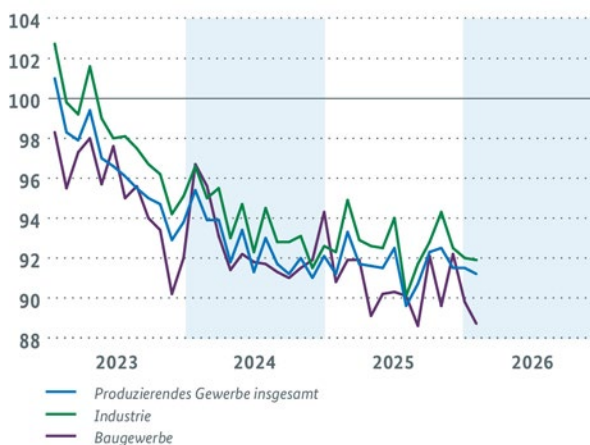
Innerhalb der Industrie meldeten Vorleistungs- (+0,4 Prozent) und Investitionsgüterproduzenten (+0,1 Prozent) ein leichtes Plus. Die Produktion von Konsumgütern erlebte jedoch zum zweiten Mal in Folge einen spürbaren Rücksetzer (-1,5 Prozent). Die rückläufige Bauproduktion war insbesondere auf die schwache Entwicklung des Ausbaugewerbes (-1,8 Prozent) zurückzuführen. Die Ausbringung im Hoch- (+0,3 Prozent) und Tiefbau (+0,1 Prozent) stabilisierte sich nach witterungsbedingten Einbrüchen im Vormonat.

Die Wirtschaftszweige innerhalb der Industrie entwickelten sich unterschiedlich. So wurde unter anderem die Produktion von elektrischen Ausrüstungen (+2,6 Prozent), Kfz- und Kfz-Teilen (+1,7 Prozent), Metallernzeugnissen (+1,6 Prozent) und chemischen Erzeugnissen (+0,9 Prozent) ausgeweitet. Auch die energieintensiven Industrien expandierten mit einem Plus von +1,9 Prozent abermals spürbar. Die Hersteller von pharmazeutischen Erzeugnissen (-4,4 Prozent),

Geräten zur Datenverarbeitung sowie elektronischen und optischen Erzeugnissen (-3,9 Prozent) und der Maschinenbau (-0,3 Prozent) meldeten hingegen Produktionsrückgänge.

PRODUKTION IM PRODUZIERENDEN GEWERBE NACH WIRTSCHAFTSZWEIGEN

Volumenindex (2021 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

INDUSTRIE

Veränderung gegenüber Vorzeitraum in Prozent
(Volumen, saisonbereinigt)

	3.Q.	4.Q.	Dez.	Jan.	Feb.
PRODUKTION					
Insgesamt	-0,9	1,4	-1,9	-0,5	-0,1
Vorleistungsgüter	0,4	-0,4	-1,2	-0,6	0,4
Investitionsgüter	-1,3	2,6	-3,5	-0,3	0,1
Konsumgüter	-1,5	1,2	1,0	-1,3	-1,5
UMSÄTZE					
Insgesamt	-1,5	1,4	-0,3	0,7	-0,5
Inland	-0,3	1,7	-0,5	0,9	-1,5
Ausland	-2,5	1,1	-0,1	0,6	0,5
AUFTRAGSEINGÄNGE					
Insgesamt	-2,1	9,8	5,7	-11,1	0,9
Inland	-0,7	17,8	9,3	-15,5	-4,4
Ausland	-2,9	4,4	3,0	-7,7	4,7
Vorleistungsgüter	1,0	1,6	5,0	-5,9	1,4
Investitionsgüter	-4,4	15,7	7,7	-14,9	0,2
Konsumgüter	1,1	3,9	-6,3	-1,9	4,5

Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

Die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe stabilisierten sich zuletzt wieder: So stieg das Ordervolumen im Februar preis-, kalender- und saisonbereinigt gegenüber dem Vormonat um 0,9 Prozent. Im Januar war es noch zu einem deutlichen Einbruch um 11,1 Prozent gekommen. Im weniger volatilen Dreimonatsvergleich expandierten die Bestellungen um 2,0 Pro-



zent. Auch im Verhältnis zum Vorjahresmonat ergibt sich eine arbeitstäglich bereinigte Steigerung um 3,5 Prozent.

Ausschlaggebend für das Auftragsplus im Vormonatsvergleich war eine gestiegene Nachfrage aus dem Ausland (+4,7 Prozent). Die inländischen Ordereingänge waren dagegen erneut rückläufig (-4,4 Prozent). Die Entwicklung der inländischen Bestellungen war in den vergangenen Monaten aufgrund von umfangreichen Großaufträgen im zweiten Halbjahr 2025 im Zusammenhang mit öffentlichen Investitions- und Beschaffungsvorhaben starken Schwankungen unterworfen. Bereinigt um diesen Effekt sind die Auftragseingänge aus dem Inland im Februar um 2,5 Prozent gestiegen. Für die Auftragseingänge insgesamt fällt der um Großaufträge bereinigte Zuwachs mit +3,5 Prozent noch deutlicher aus.

Unter den Gütergruppen registrierten die Konsumgüter das stärkste Orderwachstum (+4,5 Prozent). Aber auch die Bestellungen von Vorleistungs- (+1,4 Prozent) und Investitionsgütern (+0,2 Prozent) nahmen leicht zu. Im Vorjahresvergleich entwickelten sich Konsum- (+10,2 Prozent) sowie Investitionsgüter (+4,9 Prozent) positiv. Die Auftragseingänge bei Vorleistungsgüterproduzenten blieben mit einem Minus von 0,2 Prozent gegenüber Februar 2025 nahezu unverändert.

Für die Mehrheit der industriellen Wirtschaftszweige verbesserte sich die Auftragslage im Februar im Vergleich zum Januar. Darunter waren gewichtige Bereiche wie Kfz und Kfz-Teile (+3,8 Prozent), Metallherstellung (+3,7 Prozent) und Metallzeugnisse (+2,0 Prozent). Eine rückläufige Nachfrage mussten dagegen vor allem die Hersteller Sonstiger Fahrzeuge verbuchen (-25,9 Prozent), zu denen auch Militärfahrzeuge zählen. Negativ fiel der Vergleich zum Vormonat auch für den Maschinenbau (-0,3 Prozent), für elektrische Ausrüstungen (-0,4 Prozent) und pharmazeutische Erzeugnisse (-2,4 Prozent) aus.

Nachdem die Industriekonjunktur im Herbst Fahrt aufgenommen hatte, kühlte sie sich im Laufe der Wintermonate etwas ab. Die Umsätze im Verarbeitenden Gewerbe sind – trotz eines leichten Rücksetzers im Februar – im Trend weiterhin aufwärtsgerichtet. Die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe bleiben jedoch weiterhin volatil. Da die Realisation der öffentlichen Investitions- und Beschaffungsvorhaben einige Zeit in Anspruch nehmen dürfte, ist zu erwarten, dass die bereits erteilten Aufträge erst allmählich in Form steigender Wertschöpfung sichtbar werden. Gleichzeitig deuten jüngste Umfragen wie der ifo Geschäftsklimaindex angesichts der erhöhten geopolitischen Unsicherheit auf eine Eintrübung der Industriekonjunktur im zweiten Quartal hin.

ERLÖSE IM EINZELHANDEL RÜCKLÄUFIG; FRÜH-INDIKATOREN EINGETRÜBT

Die preisbereinigten Umsätze im Einzelhandel (saisonbereinigt, ohne Kfz) sind im Februar um 0,5 Prozent gegenüber dem Vormonat gesunken, nachdem der Januarwert leicht nach unten revidiert wurde. Während der Handel mit Nicht-Lebensmitteln im Vergleich zum Vormonat um 0,8 Prozent zulegen konnte, gab der Umsatz mit Lebensmitteln um 1,4 Prozent nach. Gegenüber dem Vorjahresmonat verzeichnete der Einzelhandel im Februar ein Plus von 0,7 Prozent, wobei der Handel mit Lebensmitteln stagnierte und der Umsatz mit Nicht-Lebensmitteln um 1,3 Prozent zulegen konnte. Im Dreimonatsvergleich zeigte sich der Gesamtumsatz im Einzelhandel ebenfalls leicht aufwärtsgerichtet (+0,6 Prozent), wobei die Umsätze mit Nicht-Lebensmitteln um 0,3 Prozent und die mit Lebensmitteln um 1,1 Prozent zulegen konnten. Der Umsatz im Gastgewerbe stagnierte im Januar nominal und sank preisbereinigt um 3,9 Prozent. Gegenüber dem Vorjahresmonat ergab sich ein realer Rückgang von 5,0 Prozent und ein nominaler Anstieg von 2,0 Prozent.

Die Neuzulassungen von Pkw insgesamt sind im März im Vormonatsvergleich um 0,9 Prozent gestiegen; im Dreimonatsdurchschnitt nahmen sie jedoch um 6,1 Prozent ab. Gegenüber dem Vorjahr ergab sich ein deutliches Plus von 16 Prozent. Bei den PKW-Neuzulassungen durch Privatpersonen zeigt sich im Vormonatsvergleich ein Plus von 5,2 Prozent und in der Dreimonatsbetrachtung eine Abnahme um 9,3 Prozent. Gegenüber März 2025 lagen die Neuzulassungen durch Privatpersonen um kräftige 22,1 Prozent höher. Pkw-Neuzulassungen von Unternehmen und Selbstständigen reduzierten sich gegenüber Februar um 1,2 Prozent und sanken im Dreimonatsvergleich um 4,4 Prozent. Im Vorjahresvergleich zeigt sich ein deutliches Plus von 13,0 Prozent.

Nach der Eskalation des Konflikts im Nahen Osten zeigen die Frühindikatoren für die Entwicklung im zweiten Quartal erwartungsgemäß ein pessimistisches Bild. Laut Prognose der GfK wird sich das Konsumklima im April mit einer Abnahme von 3,2 Zählern auf -28,0 Punkte eintrüben, nachdem es im März um 0,6 Punkte auf -24,8 gesunken ist. Negativ wirkte sich vor allem die deutliche Abnahme der Einkommenserwartungen aus, die sich im Februar noch im positiven Bereich bewegt hatten. Die gesunkenen Einkommenserwartungen dürften durch Ängste um anziehende Verbraucherpreise und deutlich geringere Konjunkturerwartungen bedingt sein. Anschaffungs- und Sparneigung zeigen noch keine sprunghaften Veränderungen, Letztere bewegt sich allerdings bereits auf einem sehr hohen Niveau.



GfK-KONSUMKLIMA UND HDE-KONSUMBAROMETER

GfK-Konsumklima, saisonbereinigte Salden der positiven und negativen Antworten; HDE-Konsumbarometer, Index Januar 2017 = 100



Quellen: Gesellschaft für Konsumforschung (GfK), Handelsverband Deutschland (HDE e. V.)

Auch das zu Monatsbeginn erschienene HDE-Konsumbarometer trübte sich im April zum zweiten Mal in Folge ein. Das ifo Geschäftsklima im Einzelhandel (inkl. Kfz) sank im März erneut auf jetzt -29,8 Punkte. Während die Geschäftserwartungen deutlich skeptischer beurteilt wurden als noch im Februar, hellte sich die Beurteilung der Geschäftslage sogar auf. Die Verkaufspreiserwartungen stiegen gegenüber dem Vormonat vergleichsweise moderat und erreichten den höchsten Stand seit November 2025. Das Stimmungsbild deutet am aktuellen Rand insgesamt auf eine deutliche Entrübung der Konsumententwicklung im zweiten Quartal 2026 hin. Hoffnungen auf gesamtwirtschaftliches Wachstum und persönliche Einkommenszuwächse sind infolge des Kriegs im Nahen Osten insbesondere Sorgen um Preissteigerungen und um höhere geopolitische Unsicherheit gewichen.

INFLATION ZIEHT IM MÄRZ DEUTLICH AN

Die Inflationsrate lag im März bei 2,7 Prozent ggü. Vorjahr und stieg damit spürbar: Gegenüber Februar erhöhten sich die Verbraucherpreise um 1,1 Prozent. Die Kerninflation lag im März mit 2,5 Prozent etwas unter der Gesamtinflation und blieb im Vergleich zu den Vormonaten unverändert. Dienstleistungspreise stiegen unverändert um 3,2 Prozent, während sich die Inflation von Waren merklich auf 2,3 Prozent beschleunigte. Ausschlaggebend war insbesondere die kräftige Steigerung bei den Energiepreisen, die erstmals seit Dezember 2023 wieder deutlich um +7,2 Prozent zulegten, während die Nahrungsmittelinflation mit 0,9 Prozent moderat blieb. Der Anstieg der Energiepreise im März steht im direkten Zusammenhang mit den geopolitischen Spannungen im Nahen Osten und den daraus resultierenden Ver-

werfungen auf den Energiemärkten. Rohölpreise lagen im Monatsverlauf wiederholt über der Marke von 100 US-Dollar pro Fass, deutlich über dem Niveau der Vormonate (4-Wochen-Durchschnitt: 98 US-Dollar/b; 3-Monats-Durchschnitt: 76 US-Dollar/b). Auch Gaspreise zogen spürbar an, während Strompreise auf erhöhtem Niveau verharrten.

VERBRAUCHERPREISINDEX

Veränderung in Prozent	gegenüber Vormonat		gegenüber Vorjahresmonat	
	Feb.	Mär.	Feb.	Mär.
Insgesamt	0,2	1,1	1,9	2,7
Insgesamt ohne Energie und Nahrungsmittel (Kerninflation)	0,3	0,6	2,5	2,5
Nahrungsmittel	0,1	0,1	1,1	0,9
Wohnung, Betriebskosten	0,0	0,6	1,0	1,5
Gesundheitspflege	0,3	0,2	2,0	1,9
Verkehr	0,5	4,5	2,3	7,3
Nachrichtenübermittlung	0,6	0,0	0,4	0,6
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	0,7	0,7	1,4	1,4
Bildungswesen	0,1	0,2	4,6	4,5
Beherbergungs- u. Gaststättendienstl.	0,4	0,6	3,2	3,4
Energie	0,2	7,7	-1,9	7,2
Kraftstoffe	1,1	15,6	0,3	20,0
Dienstleistungen	0,4	0,5	3,2	3,2
Insgesamt (saisonbereinigt)	0,2	0,8	-	-

Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (Bbk)

BESCHÄFTIGUNGSAUSSICHTEN WEITERHIN GEDÄMPFT

Der Rückgang der Beschäftigung setzt sich zu Jahresbeginn weiter fort. So nahm die Zahl der Erwerbstätigen im Februar saisonbereinigt abermals um 12 Tausend Personen ab. Gleichzeitig sank die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im Januar um 30 Tausend Personen. Die Arbeitslosigkeit hat im März insgesamt zwar stagniert, einem Rückgang im Rechtskreis des SGB II um 10 Tsd. Personen stand jedoch ein Anstieg im SGB III in gleicher Höhe gegenüber. Die Unterbeschäftigung blieb ebenfalls unverändert. Die Inanspruchnahme von Kurzarbeit ging im Januar mit -6 Tausend Personen voraussichtlich erneut etwas zurück. Die angezeigte Kurzarbeit dürfte im März in etwa auf Vormonatsniveau liegen. Da sich der Beschäftigungsrückgang in den letzten Monaten nur zum Teil in einer höheren Arbeitslosigkeit widerspiegelt, dürfte neben der konjunkturellen Schwäche auch der demografische Wandel die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt zunehmend prägen.



ARBEITSMARKT**ARBEITSLOSE (SGB II und III)**

	4.Q.	1.Q.	Jan.	Feb.	Mär.
in Mio. (Ursprungszahlen)	2,901	3,059	3,085	3,070	3,021
gegenüber Vorjahr in 1.000	111	76	92	81	54
gegenüber Vorperiode in 1.000*	6	3	1	1	0
Arbeitslosenquote	6,2	6,5	6,6	6,5	6,4

ERWERBSTÄTIGE (Inland)

	3.Q.	4.Q.	Dez.	Jan.	Feb.
in Mio. (Ursprungszahlen)	46,0	46,1	46,0	45,7	45,7
gegenüber Vorjahr in 1.000	-16	-58	-74	-94	-119
gegenüber Vorperiode in 1.000*	-43	-29	-7	-13	-12

SOZIALVERSICHERUNGSPFLICHTIG BESCHÄFTIGTE

	3.Q.	4.Q.	Nov.	Dez.	Jan.
in Mio. (Ursprungszahlen)	35,0	35,1	35,2	35,0	34,7
gegenüber Vorjahr in 1.000	9	-30	-37	-39	-72
gegenüber Vorperiode in 1.000*	-15	-21	-19	3	-30

* kalender- und saisonbereinigte Angaben

Quellen: Bundesagentur für Arbeit (BA), Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

**ARBEITSLOSIGKEIT UND
UNTERBESCHÄFTIGUNG (in 1.000)**

Quellen: Bundesagentur für Arbeit (BA), IAB, Deutsche Bundesbank (BBk)

Die Frühindikatoren lassen weiter keine Belebung des Arbeitsmarktes erkennen. Sowohl das IAB-Beschäftigungsbarometer als auch das ifo Beschäftigungsbarometer haben sich im März zwar auf niedrigem Niveau stabilisiert, die Restrukturierungsprozesse in den Unternehmen halten jedoch weiter an. Die Beschäftigung könnte sich in den Wintermonaten zwar zum Teil auch witterungsbedingt schwach entwickelt haben, in weitgehend wetterunabhängigen Branchen haben sich die Aussichten zuletzt allerdings ebenfalls nicht verbessert. Eine Erholung des Arbeitsmarktes in der ersten Jahreshälfte ist damit nicht zu erwarten.

**UNTERNEHMENSINSOLVENZEN WEITERHIN AUF
HOHEM NIVEAU**

Der IWH-Insolvenztrend für Personen- und Kapitalgesellschaften weist im März mit 1.716 Insolvenzen einen Anstieg von 17 Prozent gegenüber dem Vormonat sowie einen Anstieg von 18 Prozent gegenüber März 2025 aus. Die Zahl der betroffenen Beschäftigten (ca. 14.000) in den größten 10 Prozent der insolventen Unternehmen ist im Vergleich zum Vormonat um 40 Prozent gesunken und lag damit 15 Prozent unter dem Wert von März 2025. Der starke Zuwachs bei der Anzahl der Insolvenzen ist demnach auf kleinere Unternehmen zurückzuführen.

BIP NOWCAST FÜR DAS ERSTE UND ZWEITE QUARTAL 2026

IN KÜRZE

Der Nowcast für die saison- und kalenderbereinigte Veränderungsrate des preisbereinigten BIP gegenüber dem Vorquartal beträgt 0,0 Prozent für das erste Quartal und -0,2 Prozent für das zweite Quartal 2026 (Stand: 13.04.2026).¹

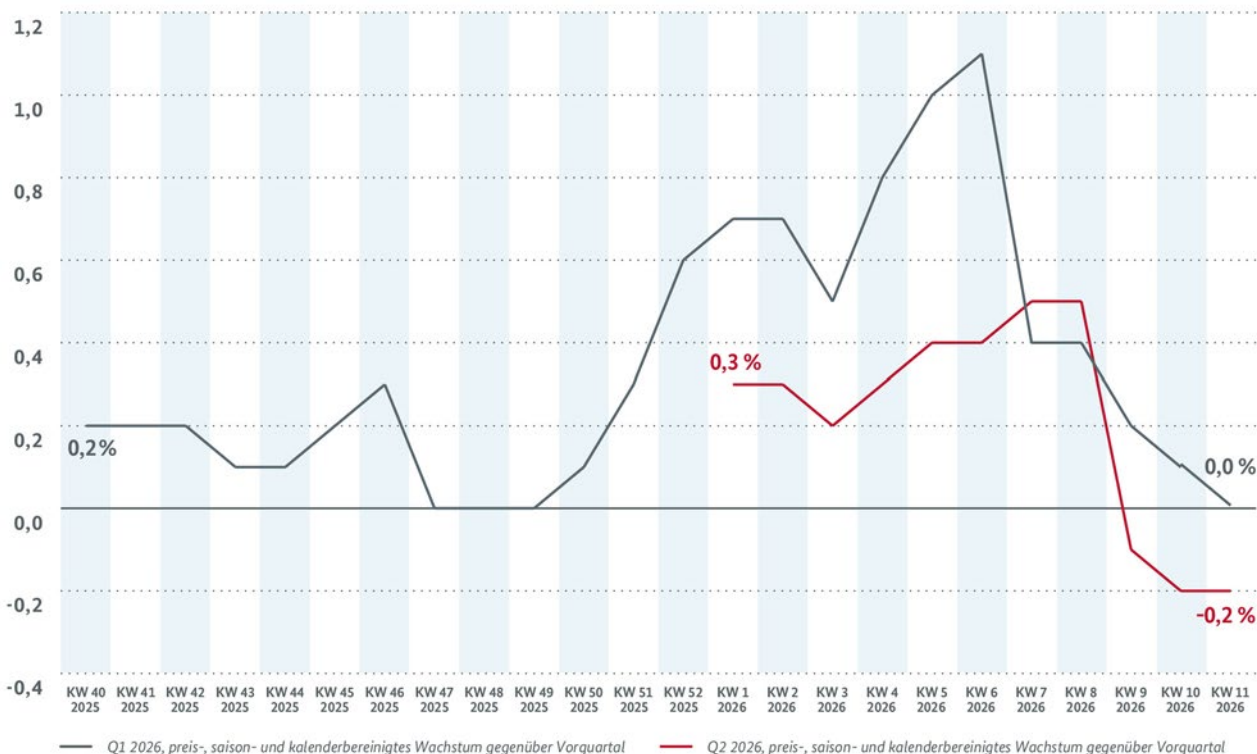
Das Prognosemodell des Nowcast schätzt aktuell für das erste Quartal 2026 eine Stagnation des deutschen Bruttoinlandsprodukts. Der Nowcast liefert täglich aktualisierte, rein technische, zeitreihenanalytische Prognosen der Wirtschaftsleistung auf Basis jüngster Konjunkturdaten. Die Prognosen sind unabhängig von den Einschätzungen der Bundesregierung und des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie. Am 30. April 2026 veröffentlicht das Statistische Bundesamt eine erste Schnellschätzung für das BIP-Ergebnis im ersten Quartal.

Seit Mitte März ist der Nowcast für das erste Quartal gefallen. Nachdem zuvor vor allem die Verbesserung von Stimmungsindikatoren den Nowcast bis auf gut ein Prozent

nach oben zog, kam es Mitte März infolge von Rückgängen bei Auftragseingängen und Produktion im Berichtsmonat Januar zu einer deutlichen Abwärtsrevision des Schätzwerts auf 0,4 Prozent. Anschließend trugen eine deutliche Eintrübung des Verbrauchervertrauens im Euroraum und des Geschäftsklimas in Deutschland infolge des Iran-Krieges sowie rückläufige Industrieumsätze im Euroraum zu weiteren Abwärtskorrekturen bis auf 0,0 Prozent bei.

Bei erstmaliger Berechnung Anfang Januar lag der Schätzwert für den BIP-Zuwachs im zweiten Quartal bei 0,3 Prozent. Bis Mitte März erreichte er u. a. infolge eines verbesserten Geschäftsklimas sowie günstigerer Meldungen zur Arbeitsnachfrage im Berichtsmonat Februar seinen bisherigen Höchstwert von 0,5 Prozent. In der 9. Kalenderwoche sackte der Nowcast angesichts der Eintrübung des Verbrauchervertrauens im Euroraum und pessimistischerer Erwartungen von Einkaufsmanagern im Dienstleistungsbereich in Deutschland und im Euroraum auf -0,1 Prozent ab. Ende März gab er bei verschlechterten Arbeitsmarktaussichten weiter etwas nach und liegt seitdem bei -0,2 Prozent. —

ENTWICKLUNG DES BIP NOWCAST FÜR DAS 1. UND 2. QUARTAL 2026



Quelle: Now-Casting Economics Ltd.

¹ Für nähere Erläuterungen zur Methode, den verwendeten Daten und der Interpretation des Modells siehe Senftleben und Strohsal (2019): „Nowcasting: Ein Echtzeit-Indikator für die Konjunkturanalyse“, Schlaglichter der Wirtschaftspolitik, Juli 2019, Seite 12-15, und Andreini, Hasenzagl, Reichlin, Senftleben und Strohsal (2020) „Nowcasting German GDP“, CEPR DP14323.

MONETÄRE ENTWICKLUNG

IN KÜRZE

Infolge des Iran-Krieges ist die Inflationsrate im Euroraum im März 2026 auf 2,5 Prozent angestiegen, nachdem sie noch im Februar mit 1,9 Prozent unter dem EZB-Zielwert von 2,0 Prozent gelegen hatte. Die EZB hat seit der EZB-Ratssitzung im Juni 2025 ihre Leitzinsen nicht mehr verändert – so auch bei der vergangenen Sitzung am 19. März. Vor allem aufgrund höherer Inflationserwartungen sind die Staatsanleiherenditen angestiegen, im Falle zehnjähriger Bundesanleihen um rund 40 Basispunkte. Als Zeichen höherer Risikosensitivität sind auch die Spreads ggü. Bundesanleihen angestiegen, dies betrifft insbesondere italienische und französische Staatsanleihen.

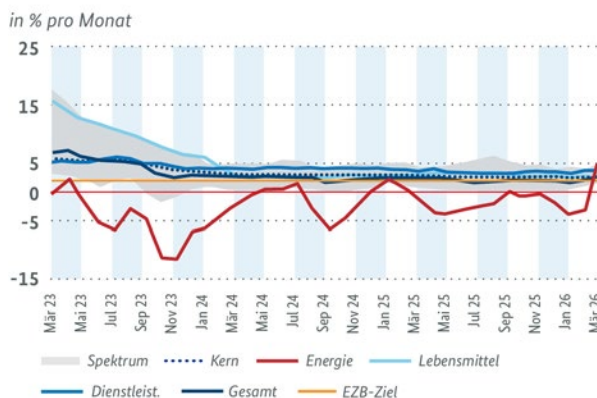
INFLATION¹ (ABB. 1):

Die Inflation im Euroraum ist im März auf 2,5 Prozent angestiegen, nachdem sie im Februar 1,9 Prozent und im Januar 1,7 Prozent betragen hatte. Der Sprung um 0,6 Prozentpunkte ist der stärkste Anstieg der Jahresrate innerhalb eines Monats seit Oktober 2022. Wie Abbildung 1 zeigt, waren die Preissteigerungsraten aller Komponenten bis einschließlich März rückläufig, mit Ausnahme der Energiepreise, die aufgrund steigender Heizöl-, Benzin- und Dieselpreise im Vergleich zum Februar um rund 8 Prozentpunkte höher ausfiel. Energie hat im Jahr 2026 im Warenkorb des harmonisierten Verbraucherpreisindex ein Gewicht von etwa 9 Prozent – weitere Anstiege der Energieinflation werden also immer mit rund 1/10 in die Gesamtinflation übersetzt. Innerhalb des Euroraums fiel der Anstieg der Inflationsrate nicht uniform aus: Während in Deutschland, Frankreich und Spanien die jeweiligen Inflationsraten um 0,8 Prozentpunkte überdurchschnittlich stark anstiegen, war der Anstieg in den Niederlanden mit 0,3 Prozentpunkten gedämpft und in Italien war im Gesamtindex gar keine Veränderung zu beobachten. Die EZB rechnet in ihrer Prognose vom 19. März in einem Basisszenario derzeit damit, dass die Gesamtinflation im Euroraum im zweiten Quartal über 3 Prozent liegen wird, im Gesamtjahr 2026 beträgt die prognostizierte Inflationsrate 2,6 Prozent und im Jahr 2027 dann wieder 2,0 Prozent. In zwei alternativen Szenarien – einem adversen und einem „schweren“ Szenario, die sich nach Dauer und Auswirkungen des Iran-Krieges negativ vom Basisszenario unterscheiden – fiel die Inflation 2026 noch einmal um 0,9 bzw. 1,8 Prozentpunkte höher aus. Unter Berücksichtigung des Marktgeschehens seit Veröffentlichung der Prognose dürfte aktuell eine Mischung des Basisszenarios und des adversen Szenarios wahrscheinlich sein.

¹ Gemessen auf Basis des über die Eurozone Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI).

ABB. 1: INFLATION IM EURORAUM

Über die letzten drei Jahre



In % ggü. Vorjahr, bezogen auf den Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI). Die Bandbreite zeigt die höchsten und niedrigsten Inflationsraten der einzelnen Euroländer an.

Quelle: Eurostat

GELDPOLITISCHER KURS DER EZB


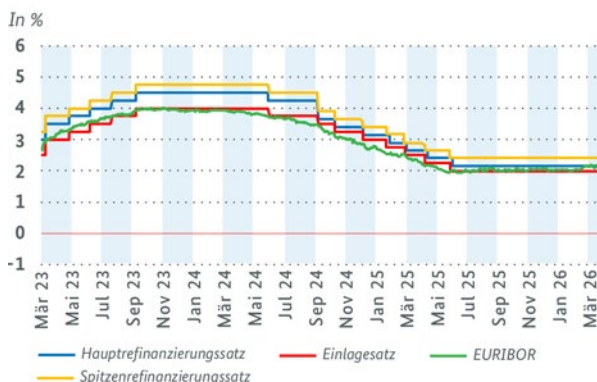
Leitzinsen (Abb. 2): Die EZB hat auch im März ihre Zinsen unverändert gelassen. Die EZB-Leitzinsen betragen zum Redaktionsschluss beim Hauptrefinanzierungssatz 2,15 Prozent, beim Einlagesatz 2,00 Prozent und beim Spitzenrefinanzierungssatz 2,40 Prozent. Der EURIBOR-Zins, zu dem sich Banken untereinander unbesichert Geld leihen, lag jüngst bei 2,2 Prozent und ist damit seit Anfang März dem Hauptrefinanzierungssatz deutlich näher als dem Einlagesatz. Die nächste Zinsentscheidung trifft die EZB am 30.04.26 – an den Finanzmärkten werden gegenwärtig (Stand: 13.04.) im laufenden Jahr zwei Zinserhöhungen (um je 25 Basispunkte) erwartet, 

ABB. 2: LEITZINSEN DER EZB



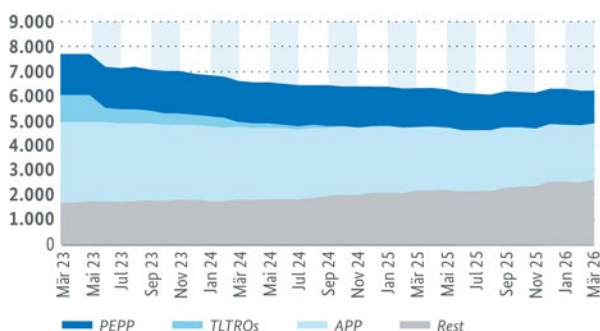
Quellen: EZB, Macrobond

jedoch rechnen die Marktteilnehmer bislang mehrheitlich nicht mit einer ersten Erhöhung im April, sondern erst im Juni. Die Unsicherheit über den weiteren geldpolitischen Kurs ist jedoch vergleichsweise hoch.

Wertpapierankaufprogramme (Abb. 3): Der Kurs der Wertpapierankaufprogramme bleibt unverändert. Das Quantitative Tightening, also der Abbau der geldpolitischen Portfolios APP und PEPP durch ausbleibende Reinvestitionen von fällig werdenden Posten, geht weiter. Die Bilanzsumme der EZB beträgt 6.253 Mrd. EUR – das sind 29 Prozent weniger als zum Höchststand im Mai 2022. Die Bestände an gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäften (TLTROs) sind inzwischen abgebaut. Während der Teil der EZB-Bilanz, der auf außergewöhnliche geldpolitische Geschäfte zurückzuführen ist, weiter abgebaut wird, haben jedoch andere Bilanzposten diesen Abbau teilweise kompensiert.

ABB. 3: EZB-BILANZ

In Mrd. Euro

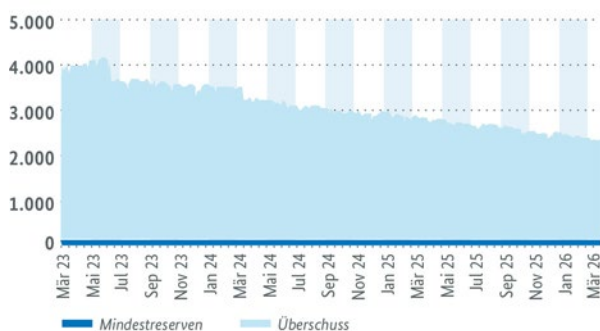


Quellen: EZB, Macrobond, eigene Berechnungen

Einlagen (Abb. 4): Die Mindestreserveeinlagen bewegen sich weiter seitwärts und betragen zuletzt 172 Mrd. EUR, während die Überschussreserven von hohem Niveau aus weiter sinken (zuletzt: 2.161 Mrd. EUR).

ABB. 4: EINLAGEN DER GESCHÄFTSBANKEN BEI DER EZB

In Mrd. Euro

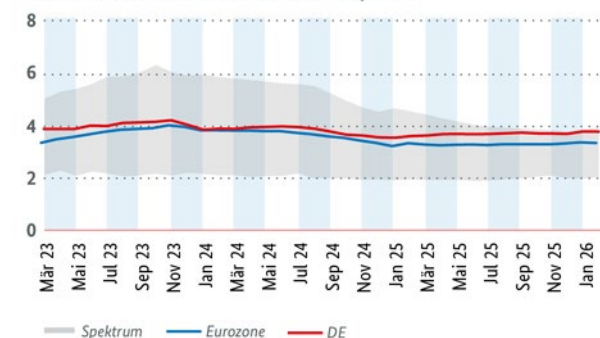


Quellen: EZB, eigene Berechnungen

Zinsen – Haushalte (Abb. 5): Die Zinsen für Wohnimmobilienkredite sind im Februar leicht angestiegen. Sie lagen im Euroraum zuletzt bei 3,4 Prozent. In Deutschland lagen sie zuletzt bei 3,8 Prozent, in Frankreich bei 3,5 Prozent, in Italien bei 2,8 Prozent und in Spanien bei 3,1 Prozent. Die Spannbreite innerhalb des Euroraums betrug zuletzt 1,9 Prozentpunkte. Es ist davon auszugehen, dass die Zinsen aufgrund der erhöhten Inflationserwartungen im Verlauf des Jahres weiter ansteigen – und ggf. im März bereits deutlich zugelegt haben.

ABB. 5: ZINSEN FÜR HAUSHALTE BEI WOHNIMMOBILIEN

In % Gewichteter Durchschnitt über alle Laufzeiten



Quelle: EZB


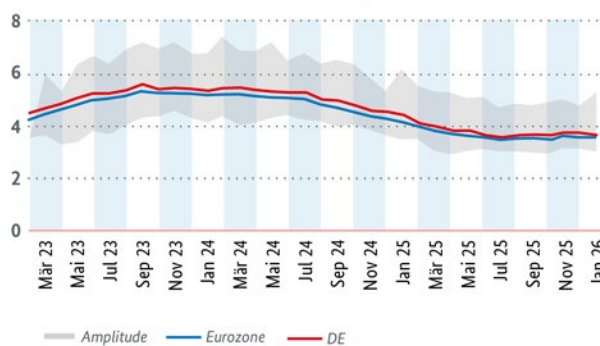
Zinsen – Unternehmen (Abb. 6): Die Zinsen für Unternehmenskredite blieben relativ konstant, jedoch mit einer leichten Tendenz nach unten; sie lagen zuletzt im Euroraum bei 3,4 Prozent. In Deutschland betragen sie 3,6 Prozent, in Frankreich 3,5 Prozent, in Italien 3,3 Prozent und in Spanien 3,5 Prozent. Die Spannbreite innerhalb der Eurozone betrug zuletzt 1,7 Prozent-Punkte. 

ABB. 6: ZINSEN FÜR UNTERNEHMEN (OHNE BANKEN)

In % Gewichteter Durchschnitt über alle Laufzeiten

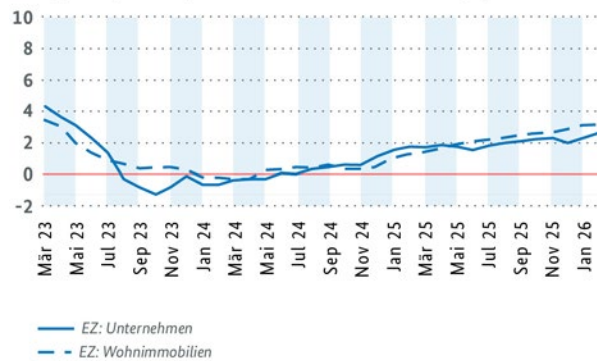


Quelle: EZB

Kreditwachstum (Abb. 7): Das Wachstum von Unternehmenskrediten betrug zuletzt 2,6 Prozent. Die Menge an Wohnimmobilienkrediten wuchs um 3,2 Prozent. Das Kreditwachstum hat sich also bis zuletzt beschleunigt.

ABB. 7: KREDITWACHSTUM

In % ggü. Vorjahr. Jüngste Daten zu DE z.T. noch nicht verfügbar



Quellen: EZB, Bundesbank

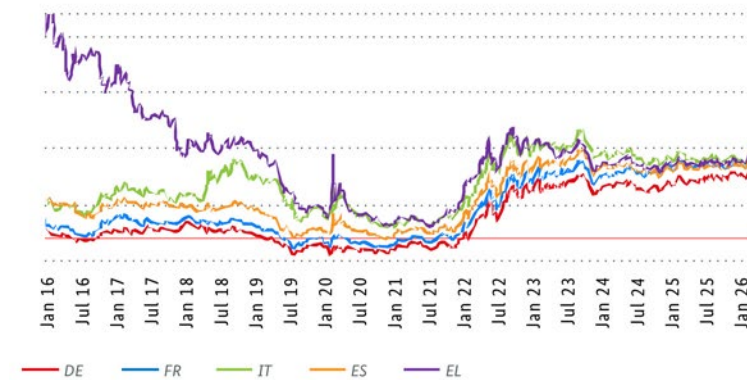
Zinsen – Eurostaaten (Abb. 8): Die Zinsen für Staatsanleihen der Eurostaaten haben sich insbesondere aufgrund der gestiegenen Inflationserwartungen infolge des Angriffes gegen Iran in den letzten Wochen deutlich erhöht. 10-jährige Staatsanleihen notierten für Deutschland zuletzt (Stichtag: 10.04.26) bei 3,04 Prozent (vor dem Krieg: 2,65 Prozent), für Frankreich bei 3,8 Prozent (3,2 Prozent), für Italien bei 3,8 Prozent (3,3 Prozent) und für Spanien bei 3,5 Prozent (3,1 Prozent). Die Renditen auf zehnjährige Bundesanleihen liegen somit rund 40 Basispunkte höher als vor dem Krieg.



ABB. 8: ZINSEN AUF 10-JÄHRIGE STAATSANLEIHEN – AUSGEWÄHLTE MITGLIEDSTAATEN

Über die letzten 10 Jahre

in % pro Monat



Quelle: Macrobond; Stand 13.01.2026

Über die letzten 3 Monate

in %

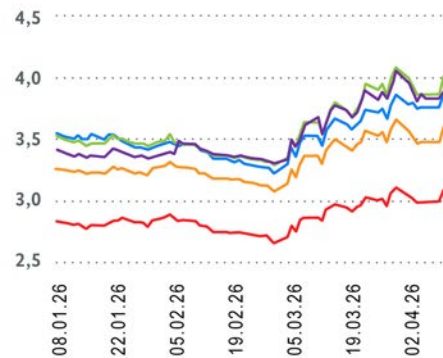
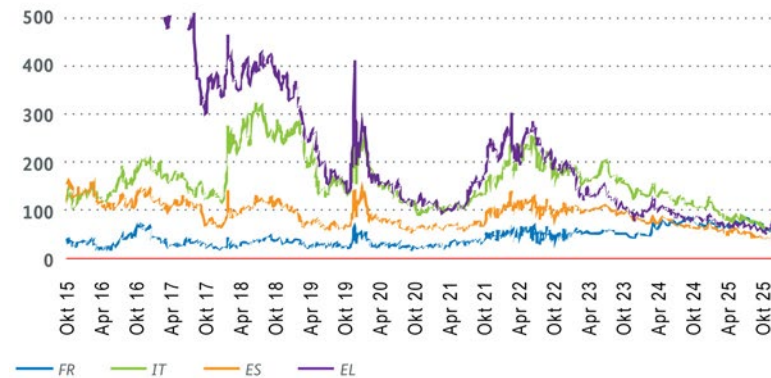


ABB. 9: SPREADS GGÜ. BUNDESANLEIHEN – AUSGEWÄHLTE MITGLIEDSTAATEN

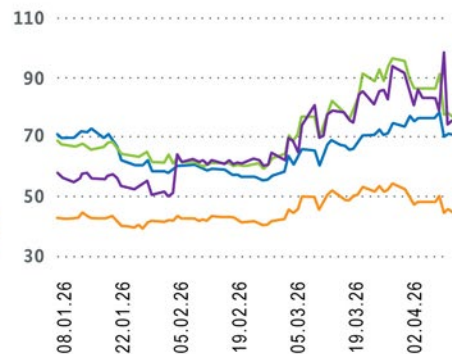
Über die letzten 10 Jahre

In Basispunkten ggü. gleichlaufenden Bundesanleihen pro Monat



Über die letzten 3 Monate

in %



Quelle: Eigene Berechnungen mit Daten von Macrobond; Stand 13.01.2026

Spreads – Eurostaaten (Abb. 9): Seit dem Angriff auf Iran und der insgesamt gestiegenen Risikosensitivität haben sich auch die Spreads ggü. Bundesanleihen ausgeweitet. Der Spread ggü. Frankreich betrug zuletzt 71 Basispunkte (vor dem Krieg: 57), bei Italien 77 BP (63) und bei Spanien 45 BP (42). Die Spreads von Italien und Frankreich sind mit Ausbruch des Krieges um jeweils 14 Basispunkte angestiegen, zuvor war der Spread französischer Anleihen deutlich gesunken nachdem eine Einigung im Haushaltsstreit verkündet wurde.

Wechselkurse (Abb. 10): Der Euro notierte zuletzt bei 1,17 US-Dollar pro Euro und blieb damit in den letzten Wochen per Saldo weitgehend stabil; steigende Ölpreise stützen in der Regel den US-Dollar. Gegenüber dem Pfund notierte er ebenso recht unverändert bei 0,87 Pfund pro Euro. Gegenüber dem Yen gewann der Euro mit jüngst 187 Yen pro Euro seit Anfang 2025 deutlich an Wert. —

ABB. 10: WECHSELKURSE ÜBER DIE LETZTEN DREI JAHRE – 1 EURO ERGIBT...

Index rebasiert auf Januar 2024 = 100



Quelle: Macrobond

Konjunkturtermine

MAI 2026

07.05.2026	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe im März 2026
08.05.2026	Produktion im Produzierenden Gewerbe im März 2026
14.05.2026	Pressemitteilung „Wirtschaftliche Lage im Mai 2026“

JUNI 2026

08.06.2026	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe im April 2026
09.06.2026	Produktion im Produzierenden Gewerbe im April 2026
12.06.2026	Pressemitteilung „Wirtschaftliche Lage im Juni 2026“

JULI 2026

06.07.2026	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe im Mai 2026
07.07.2026	Produktion im Produzierenden Gewerbe im Mai 2026
14.07.2026	Pressemitteilung „Wirtschaftliche Lage im Juli 2026“

IMPRESSUM

Herausgeber

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE)
Öffentlichkeitsarbeit
10100 Berlin
www.bundeswirtschaftsministerium.de

Stand

April 2026

Diese Publikation wird ausschließlich als Download angeboten.

Gestaltung

PRpetuum GmbH, 81541 München

Bildnachweis

Titel, S. 6: AdobeStock/Veayo
S. 16: AdobeStock/khondokarsayeedul
S. 18: AdobeStock/NeoLeo

Diese und weitere Broschüren erhalten Sie bei:

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
Referat Öffentlichkeitsarbeit
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
www.bundeswirtschaftsministerium.de

Diese Publikation wird vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf nicht zur Wahlwerbung politischer Parteien oder Gruppen eingesetzt werden.